

Gibt es in der Frage Krieg oder Frieden noch den Westen?

Beiträge zum
12. Dresdner Friedenssymposium
am 14. Februar 2004

DSS-Arbeitspapiere



Heft 69 – 2004

Herausgeber: **Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS)**

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Rolf Lehmann Zur Erholung 13 D-01723 Kesselsdorf

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS) informiert über Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet. Sie finden uns unter
<http://www.sicherheitspolitik-DSS.de>

Zum 12. Dresdner Friedenssymposium hatten eingeladen:

- Sächsische Friedensinitiative Dresden e.V., gemeinsam mit
- Arbeitsgemeinschaft Frieden Dresden,
- Arbeitsgemeinschaft Offene Kirche Sachsen,
- Ausländerrat Dresden,
- DGB Kreis Dresden,
- Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.
- Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen e.V.,
- IPPNW, Ärzte in sozialer Verantwortung,
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Arbeitskreis Dresden

Redaktion und Druckvorbereitung: Prof. Dr. Siegfried Schönherr

Vertrieb: Dr. Lothar Glaß Feuerbachstraße 1 01219 Dresden Telefon: 0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren! Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 10. März 2004

Kostenbeitrag: 2,00 Euro

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

ISSN 1436-6010

Inhaltsverzeichnis

HORST SCHNEIDER	Einführung	4
EVA-MARIA STANGE	Abrüstung statt Sozialabbau	6
OTFRIED NASSAUER	Intervenieren für eine neue Weltordnung?	14
ERNST WOIT	Programmiert für neue Kolonialkriege	30
LOTHAR GLASS	Immanuel Kants philosophischer Entwurf <i>Zum ewigen Frieden</i> und die Gegenwart	35
HORST SCHNEIDER	Durch Vernunft zum Frieden	38
WOLFGANG SCHELER	USA - Europa und der Krieg	41
GEORG GRASNICK	Zum Verhältnis der Machtzentren USA - EU	49
MECHTHILD TSCHIRSCHKY	Kriege sind Menschenwerk - Frieden desgleichen. So lasset uns tun	56

Horst Schneider

Einführung

Liebe Friedensfreunde, verehrte Dresdner,

im Auftrage der Organisatoren, die zum 12. Dresdner Friedenssymposium eingeladen haben, begrüße ich Sie aus ganzem Herzen.

Ich freue mich, daß auch dieses Mal ausländische Gäste - aus Tschechien, Österreich, Rußland und Israel - unter uns weilen.

Besonders herzlich heiße ich unsere beiden heutigen Referenten willkommen: Dr. Eva-Maria Stange, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, deren Mitglieder für eine friedliche Zukunft der Kinder eine besondere Verantwortung tragen, und Dr. Otfried Nassauer vom Berliner Institut für Transatlantische Sicherheit.

Zur Stunde findet eine Demonstration von Friedensaktivisten gegen einen Aufmarsch Rechter statt, die seit Jahren den 13. Februar für neuen Völkerhaß mißbrauchen wollen. Wir solidarisieren uns mit den Friedensaktivisten. Wir verurteilen, daß die geistigen Nachfahren jener, die für Krieg und Zerstörung verantwortlich sind, die Genehmigung für ihr Tun erhielten und Polizeischutz genießen.

Es ist betrüblich und alarmierend, daß wir uns heute, 13 Jahre nach der Herstellung der deutschen Einheit, immer noch mit menschenfeindlicher Rüstung und weltweiten Kriegen beschäftigen müssen. Völkerrecht und Grundgesetz, Vernunft und - auch christliche - Moral verbieten Aggressionskriege.

Otto Grotewohl, Ehrenbürger Dresdens, dessen segensreiches Wirken zum Wohle unserer Stadt wir am 13. März würdigen wollen, hatte in seiner Regierungserklärung im Oktober 1949 erklärt: „Der Weg des Friedens, den die Regierungen zu gehen entschlossen sind, enthält ... die Errichtung eines demokratischen Staatswesens und die Herstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern der Erde. ... Von diesen Grundsätzen ist die Deutsche Demokratische Republik nie abgewichen und konnte sich darum Schritt für Schritt das Vertrauen und die Anerkennung der anderen Völker erwerben. Es konnte die falsche Auffassung vom angeblich aggressiven Wesen des deutschen Volkes überwunden und der Welt bewiesen werden, daß eine Bedrohung des Friedens nur vom deutschen Imperialismus und Militarismus, aber niemals vom deutschen Volk ausgeht.“

Helmut Kohl versprach den Dresdnern und der Welt am 19.12.1989 an der Ruine der Dresdner Frauenkirche, daß von deutschem Boden kein neuer Krieg ausgehen wird. Diese Formel steht auch im 2+4-Vertrag.

Als ich als Alterpräsident der Dresdner Stadtverordnetenversammlung am 23.05.1990 das Stadtparlament konstituieren durfte, fand ich die Zustimmung aller Fraktionen, als ich auf die besondere Verantwortung der Dresdner im Kampf um eine friedliche Welt verwies.

Was tun Deutsche, besonders Dresdner, denen die Folgen des Krieges am 13. Februar 1945 buchstäblich eingebrannt wurden, in der heutigen Situation?

Das ist eine zentrale Frage unseres Symposiums, dessen ersten Teil Herr Mund leiten wird.

Das Podiumsgespräch am Nachmittag werden Herr Pfarrer Hans-Jochen Vogel, Intendant Holk Freytag, Dr. Elke Renner aus Wien und unser Freund Nabil Yacoub bestreiten.

Ich wünsche dem Symposium ein gutes Gelingen.

Prof. Dr. sc. Horst Schneider,
Dresden.

Eva-Maria Stange

Abrüstung statt Sozialabbau

Das 12. Dresdner Friedenssymposium findet im Umfeld wichtiger Ereignisse statt. Gestern jährte sich zum 49. Mal die Zerstörung der Stadt Dresden. Vor fast genau einem Jahr gingen mehr als 100.000 Menschen in Berlin und anderen europäischen Hauptstädten auf die Straße, um einen Krieg im Irak zu verhindern - leider ohne den erhofften Erfolg, denn am 20.03.2003 erfolgte der völkerrechtswidrige Angriff der USA. Die Folge ist heute neben der Zerstörung von Menschenleben und wichtigen Lebensgütern die wachsende Instabilität der gesamten Region. Wichtiger denn je ist es, daß sich die Friedenskräfte in der Welt und in Deutschland zu Wort melden und sich mit den Gewerkschaften, die unter dem Vormarsch konservativer neoliberaler Politik weltweit leiden, zusammenschließen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich mich recht herzlich für die Einladung zum Friedenssymposium in meiner Heimatstadt bedanken.

Abrüstung statt Sozialabbau ist nicht nur - oder vielleicht noch nicht einmal vordergründig - eine fiskalische Frage. Der Ende 2003 vom Bundestag mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP beschlossene Sozialabbau im Zusammenhang mit der sogenannten alternativlosen *Agenda 2010* kann der Einstieg in einen Systemwechsel auch in Deutschland sein.

Da stellt sich die Frage, was für eine Gesellschaft wollen wir zukünftig? Eine menschliche, sozial gerechte oder eine Gesellschaft, in der sich jeder selbst der Nächste ist? Eine Gesellschaft, in der der Staat einen zentralen Beitrag zum Ausgleich sozialer und marktwirtschaftlicher Ungerechtigkeit leistet oder in der er der Umverteilung von unten nach oben weiter Vorschub leistet?

Manchen - siehe Frau Merkel, Westerwelle, Merz und Hundt - gehen die Einschnitte in das soziale Netz immer noch nicht weit genug. Herzog bekam minutenlangen Beifall auf dem CDU-Parteitag für sein Konzept der Kopfprämie und ist der festen Überzeugung, alle seien bereit, den Gürtel enger zu schnallen - man muß es ihnen nur richtig erklären. Fragt sich nur, wen er mit *alle* gemeint hat: den Arbeitslosengeld- oder Sozialhilfeempfänger, die allein erziehende Mutter, die eine Million Kinder, die von Sozialhilfe abhängig sind, die ArbeitnehmerInnen, denen noch tiefer in die Tasche gegriffen wird? Oder meint er tatsächlich die Spitzenverdiener in den Vorstandsetagen, die Börsenspekulanten oder die Großenben? Meint er Müller-Milch oder Schumacher?

Wir erleben im Moment in einem der reichsten Länder der Welt einen beispiellosen Generalangriff auf soziale Rechte, einen Sozialabbau zu Lasten der Schwächsten in der Gesellschaft und der arbeitenden Menschen in einem noch nicht abschätzbaren Ausmaß. Daß wir damit in Deutschland nicht allein sind, zeigen die Massenproteste in Frankreich, Österreich, Italien oder Spanien gegen die dortigen Einschnitte in das Renten- und Sozialsystem.

Der Protest von 100.000 Menschen am 1. November vergangenen Jahres hat uns Gewerkschaften wieder Mut gemacht. Die Resignation scheint doch nicht so tief zu sitzen, daß die Menschen nicht mehr bereit wären, für ihre Rechte auf die Straße zu gehen. Deshalb rufen die europäischen Gewerkschaften und der DGB alle BürgerInnen zu einem europaweiten Protesttag am 3. April in Berlin, Köln und Stuttgart auf. Beteiligen auch Sie sich an der Demonstration für ein friedliches und sozial gerechtes Europa, gegen eine Politik des Sozialabbaus und der Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte.

Während die Exportgewinne auf Rekordhöchststände klettern und die Schere zwischen den Einkommensmillionären und den ArbeitnehmerInnen in den letzten Jahren immer größer wurde, wird der Öffentlichkeit gleichzeitig suggeriert, alle müßten sparen, alle müßten ihren Beitrag zur Rettung des Landes - oder besser noch - zur Rettung der Zukunft unserer Kinder leisten.

Wer wollte nicht die Zukunft unserer Kinder retten? Während

- die Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau abgeschmolzen wird und Arbeitszwang auch zu Dumpingkonditionen gesetzlich festgeschrieben wird,
- Kranke mit Arzteintrittsgebühren und erhöhten Zuzahlungen für Medikamente abkassiert werden,
- Rentner und Beitragzahler gleichermaßen für die desolate Situation der Rentenkassen bluten müssen,
- ArbeitnehmerInnen die Steuerentlastungen selbst finanzieren durch Wegfall der Eigenheimzulage,
- Absenkung der Entfernungspauschale und Kürzung bzw. Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld auch für die BeamtInnen sowie Arbeitszeitverlängerungen an der Tagesordnung sind,
- Bildungseinrichtungen unter dem Sparzwang leiden, usw.

bleiben Vermögens- und Erbschaftssteuer Tabu-Themen, können sich international agierende Großunternehmen immer noch der Gewerbesteuerzahlung entziehen und trotzdem Investitionsmillionen vom Staat kassieren, wie jüngst erneut große deutsche und amerikanische Unternehmen im Osten Deutschlands.

Allein die Absenkung des Spitzensteuersatzes von 47 auf 42 Prozent, ganz zu schweigen von dem von Herrn Merz geforderten Steuersatz von 36 Prozent, mindert die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand um sechs Milliarden € jährlich. Geld, das den öffentlichen Kassen bei der Finanzierung von Bildung, Gesundheit, Umweltmaßnahmen und anderem fehlt. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer und die Neuregelung der Erbschaftssteuer könnten ca. 20 Milliarden € jährlich für ein Investitionsprogramm einbringen. Bleibt abzuwarten, wie weit sich die Bundesregierung an die Beschlüsse der Parteitage von Bündnis 90/Die Grünen und SPD gebunden fühlt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Politik ist *nicht* alternativlos, auch nicht auf Seiten der Globalisierung oder europäischen Erweiterung. Viele Wissenschaftler haben nachgewiesen, daß sich gerade reiche Länder wie Schweden, Dänemark oder Finnland ein gut ausgebautes Netz der sozialen Sicherung leisten. Und mehr noch: Trotz - oder vielleicht auch gerade wegen - einer höheren Abgabenquote - die in Deutschland schon ohne nachzudenken als Wachstumsbremse deklariert wird - zeigen diese Länder eine höhere wirtschaftliche Dynamik als Deutschland.

Zum sogenannten Benchmark werden aber die USA mit weniger als 15 Prozent am Bruttoinlandsprodukt für Sozialabgaben oder Japan herangezogen, Länder also, in denen nachweislich die Wohlstandsmehrung nicht zu einer Verbesserung der sozial Schwächsten geführt hat. Im Gegenteil. Selbst die Financial Times Deutschland stellt fest, daß es keinerlei empirisch feststellbaren Zusammenhang zwischen Staats- und Sozialleistungsquote und ökonomischer Dynamik, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, gibt. Stimmen von sozial verantwortlichen Wissenschaftlern und Experten werden bewußt überhört, finden kaum Eingang in den Mainstream der Tagespresse und der Medien und werden abgetan als ewig gestrig, Blockierer oder Wirtschaftsbremser.

Sparen für die Kinder - wer will schon einen Schuldenberg hinterlassen? Daß die Qualität der *realen Erbschaft*, wie es Prof. R. Hickel formuliert, davon abhängt, was mit der heutigen Kreditvergabe finanziert wird, wird dabei wissentlich verschwiegen. Ob beispielsweise Kommunen heute investieren können in die Kindertagesstätten, in die Schulgebäude, in die Volkshochschulen oder in ökologische und soziale Projekte, oder ob Länder in der Lage sind, Schulen und Hochschulen so auszustatten, daß die nachfolgende Generation ausreichendes *Bildungskapital* besitzt?

Dabei wird auch bewußt ausgeblendet, daß nicht nur die Zinslast vererbt wird, sondern auch die nicht unerheblichen Geldvermögen. Die derzeitigen massiven Studentenproteste weisen zu Recht darauf hin, daß die verfehlte Steuerpolitik und die im Nachgang selbstverordnete Sparpolitik des Staates

katastrophale Folgen für die Bildungschancen - und damit für die Zukunftschancen der heranwachsenden Generation - hat. Diese Proteste können nur unsere breiteste Unterstützung erhalten, denn sie zeigen in aller Deutlichkeit die Widersprüchlichkeit der derzeitigen Politik auf. Sie zeigen aber auch die Gefahr des Bruchs des Generationenvertrages. Warum sollten junge Menschen zukünftig noch für die Renten der heute Regierenden aufkommen, wenn ihnen die Zukunftschancen durch Gebühren verbaut werden?

Ein weiteres Totschlagargument ist die Logik der globalen Märkte, der man sich nicht entziehen könne. Der Wirtschaftsstandort Deutschland muß angepaßt werden. So veröffentlichte eine große deutsche Tageszeitung in dieser Woche schon mal die unterschiedlichen Steuersätze innerhalb der erweiterten Union bei gleichzeitigem Verschweigen der Tatsache, daß viele mittel- und osteuropäische Länder einen dringenden Nachholbedarf im Ausbau der Infrastruktur, der Sozialsysteme, aber auch existenzsichernder Einkommen haben. Sie erlaubt sich auch die Frage, ob es nicht legitim wäre, die (noch) gute Infrastruktur Deutschland zu nutzen, z.B. für innovative Entwicklungen, die Produktion und den Hauptstandort aber in Länder zu verlagern, wo die Steuer- und Abgabenlast wegen Niedriglöhnen und geringen Sozialstandards besser zur Profitmaximierung beitragen können? Es gab keinen Aufschrei über die Unmoral oder soziale Kälte solcher Art von Sozialstaatsverständnis in den Wirtschaftsunternehmen.

Soziale Mindestsicherung, ein Ergebnis der politischen Kämpfe gegen die ungezügelten Kräfte des Marktes, wird in einer Art Gegenreform unter dem Druck der leergefegten öffentlichen Kassen und der globalen Mächte des Weltmarktes zunichte gemacht. Einschnitte in die Sozialleistungen, Absenkung der Reallöhne, Erpreßbarkeit unter dem Druck wachsender Arbeitslosigkeit, zunehmende Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen - und damit wachsender sozialer Unfrieden - erscheinen in der aktuellen Debatte alternativlos.

Resignation und Politikverdrossenheit vieler Menschen bekommen unter diesem Druck auch die Gewerkschaften zu spüren. Die Medien tun ihr Übriges dazu, in dem sie jeden Gegenvorschlag, auch den der Gewerkschaften, gleich als *Reformbremse* diffamieren. Doch lieber stehe ich kurz vor dem Abgrund auf der Bremse, als wenig später in den Abgrund zu stürzen!

Es gibt Alternativen zum Ab- und Umbau des Sozialstaates in einem der reichsten Länder der Welt, ebenso wie in den armen Ländern des Südens. Ich kann hier nicht auf den Katalog der national und international notwendigen Veränderungen in der Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik eingehen. Die Vorschläge zur Einführung einer gerechten und sozialen Weltwirtschaft wurden

gerade im Zusammenhang mit den gescheiterten Verhandlungen der Welt handelsorganisation (WTO) in Cancun und beim Weltsozialforum in Indien durch die globalisierungskritischen Stimmen in der Gesellschaft aufgezeigt. Letztlich war der Aufstand der 21 in Cancun ein Ausdruck für das wachsende Selbstbewusstsein - auch bei den schwächsten Gliedern in der Welthandelskette gegenüber der Übermacht der USA. Hunger, Armut, Krankheiten sowie Korruption in der Politik und in skrupellosen Wirtschafts- und Finanzunternehmen - gestärkt durch undemokratische globale Akteure wie IWF, Weltbank und WHO - erzwingen eine Spirale des globalen sozialen Dumpings zugunsten der freien und ungebremsen Kräfte der internationalen Finanz- und Wirtschaftskonzerne, zu Gunsten der Anhäufung von Reichtum in den Händen Weniger und zu Lasten der Ärmsten.

Gewalt, Kriege und feiger internationaler Terrorismus haben ihren Ursprung in der sozialen Spaltung nationaler Völker, aber auch im weltweiten Riß zwischen Industrienationen des Nordens und Entwicklungsländern des Südens.

Statt den globalen Reichtum gerecht zu verteilen und damit Armut, Bildungsmangel, verheerende Krankheiten wie Aids zu überwinden sowie die Umweltzerstörungen zu stoppen, werden nach wie vor Milliardenbeträge in ein sinnloses Wettüben - bis hinein in die Beherrschung der Welt aus dem All - verpulvert. Das Elend und die Zerstörungsmacht zweier Weltkriege, die verheerenden Auswirkungen der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, die Ursachen der Anschläge vom 11. September 2001 und ihre Folgen, das Elend von Kindern und Frauen in Kriegsgebieten drohen offenbar aus dem kollektiven Gedächtnis gestrichen zu werden. Abrüstung statt erneutes Wettüben in Deutschland, Europa und weltweit würde nicht nur den Ärmsten und sozial Schwächsten zugute kommen, sondern auch der Stärkung des sozialen Friedens und damit der gemeinsamen Zukunft in einer Welt dienen.

Statt durch die Aufhebung des europäischen Waffenembargos gegen China und den Verkauf des Hanauer Brennelementwerkes den Boden für die Herstellung von Atomwaffenmaterial zu bereiten, sollte sich die Bundesregierung endlich ihrer historischen Verantwortung in Europa und in der Welt bewußt werden und alles unternehmen, um eine umfassende europäische und internationale Friedenspolitik zu befördern.

Frieden schafft man nicht mit Waffen, sozialen Frieden nicht mit militärischer Bedrohung. Abrüstung, Friedensforschung, Maßnahmen der friedlichen Konfliktlösung in Krisenregionen und Stärkung demokratischer Kräfte auch durch deutliche Kritik an menschenrechtsfeindlichem Verhalten von Regierungen, das erwarten wir von einer Regierung, die sich als sozialdemokratisch bezeichnet.

Wir erwarten auch, daß es die Bundesregierung nicht zuläßt, daß in einer europäischen Verfassung kein Wort hinsichtlich einer Verpflichtung zur Friedenssicherung steht, stattdessen aber sehr viel über Sicherheits- und Militärpolitik. Soll Europa ein militärischer Konterpart zu den USA sein? Ist das die neue Sicherheitspolitik? Dem können wir nur gemeinsam, europaweit eine klare und deutliche Absage entgegensetzen, z.B. am 20.03.2004 und bei den Europawahlen im Juni diesen Jahres. Eine europäische Verfassung sollte erst durch ein demokratisches europaweites Referendum ihre Zustimmung erhalten. In diesem Kontext wäre die europäische Außenpolitik und ein gemeinsames Sozialstaatsverständnis breit zu diskutieren - und nicht nur in den exklusiven Zirkeln der Regierungsvertreter.

Doch zurück nach Deutschland. Werfen wir einen Blick auf die Zahlen im Zusammenhang mit unserer Forderung *Abrüstung statt Sozialabbau*:

- Die Bundesregierung stellt in den neuen *Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR)* fest: Eine Gefährdung deutschen Territoriums durch konventionelle Streitkräfte gibt es derzeit und auf absehbare Zeit nicht. Die Bundeswehr hat folglich keinen Verteidigungsauftrag mehr, wie auch das Verteidigungsministerium feststellt. Damit ist ihr faktisch der Grundgesetzboden entsprechend Artikel 87a entzogen. Und dennoch sollen die sogenannten Einsatzkräfte bis 2006 auf 150.000 Mann verdreifacht werden. L. Henken hat auf der Herbsttagung 2003 der Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden das umfassende Rüstungsprogramm der Bundeswehr analysiert. Danach haben sich allein die Kosten für Bundeswehreinätze seit 1998 von 178 Millionen € auf 1,5 Milliarden € im Jahr 2002 mehr als verachtfacht.
- Die *VPR* öffnen der Bundeswehr nicht nur militärische Optionen unter der Formel *Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung*, sondern sind auch verbunden mit einem umfassenden Rüstungsprogramm:
 - 180 Eurofighter - 24,5 Milliarden €,
 - 80 Hightech-Kampfhubschrauber Tiger,
 - 600 Marschflugkörper,
 - 3 neue Fregatten,
 - 5 neue Korvetten,
 - 4 supermoderne U-Boote,
 - 60 strategische Lufttransportmaschinen Air-Bus,
 - kostenintensive Entwicklung für Auslandseinsätze im Umfang von 10 bis 15 Milliarden €.

Schätzungen gehen für dieses umfassende Rüstungsprogramm von Kosten zwischen 140 - 150 Milliarden € in den kommenden 20 Jahren aus. Das sind

Kosten, die die Bundeswehr global einsetzbar machen sollen und den öffentlichen Haushalten entzogen werden.

Sie lassen sich durch die Schließung von Inlandstandorten und den Abbau von Bundeswehrpersonal nicht kompensieren. Der Anschein, daß die Bundeswehr abgerüstet wird, trügt. Die Kompetenzen werden auf europäische Ebene verlagert, ebenso wie die Umgestaltung zu einer hochmodernen, high-tech-gerüsteten Armee zwar weniger Personal benötigt, mitnichten aber etwas mit Abrüstung zu tun hat.

Diesen Kosten stehen drastische Kürzungen bei den ohnehin viel zu geringen Mitteln für Einrichtungen der Friedensforschung in den Ländern gegenüber:

- Dem Hamburger *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik* werden im Jahr 2005 zwei Drittel der Aufwendungen gestrichen. Damit ist dieses Institut in seiner Existenz gefährdet.
- Die *Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung* wird 2005 statt 2,2 Millionen €, nur noch 1,7 Millionen € für ihre Arbeit zur Verfügung haben. Das ist eine Kürzung von 20 Prozent.
- Die *Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen* ist bereits im Jahr 2002 von 75.000 € auf 50.000 € gekürzt worden. Die Schließung der Geschäftsstellen läßt sich damit in Zukunft wohl kaum vermeiden.

Gerade nach den Ereignissen des 11. September 2001, nach dem Afghanistan- und Irak-Krieg sind kritische Ratgeber der Politik der Bundesregierung und Europas dringend gefordert. Die Kürzungen der Mittel für Friedens- und Konfliktforschung in den Ländern konterkarieren die Gründung der *Deutschen Stiftung für Friedensforschung* durch die Bundesregierung im Jahre 2000. Die Zinsen aus dem 25 Millionen € Stiftungsgeldern sind ein wichtiger Anstoß für die lange vernachlässigte Friedensforschung in Deutschland.

Gestatten Sie mir noch einen Blick über die Grenzen Deutschlands hinaus. Die USA haben mit der Begründung der sogenannten *Achse des Bösen* und ihrer Interventionsdoktrinen in den letzten Jahren die Militarisierung extrem vorangetrieben. Heute sind 40 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben in den USA konzentriert. Dies entspricht ca. 380 Milliarden US-Dollar im Jahre 2003. Dieser Militärhaushalt ist 1,6 Mal so hoch wie der aller anderen NATO-Partner, Australiens, Japans und Südkoreas zusammen. Er ist 25 Mal so hoch wie der der sogenannten *Schurkenstaaten*. Hinzu kommt, daß die USA zwei Drittel der weltweiten Ausgaben für Militärforschung zur Verfügung stellen.

Die EU ist im Vergleich zu den Ausgaben der USA nur ein *militärischer Zwerg*. 160 Milliarden € werden EU-weit für Verteidigungs- und Militärausgaben zur Verfügung gestellt. Geld, das gerade für die Erweiterung der Europäischen U-

nion dringend benötigt wird. Die Überwindung des weltweiten Analphabetentums würde in zehn Jahren mit jährlich ca. 5 Milliarden \$ möglich sein.

Frieden braucht soziale Gerechtigkeit - in Deutschland, in Europa und weltweit. Sozialabbau ist dazu der falsche Weg. Rüstungsausgaben sind nicht nur eine Gefährdung für die Gestaltung einer sozialen und gerechten Welt, sondern sie entziehen auch den Haushalten immense Ressourcen für eine friedliche Zukunftssicherung.

Autor: Dr. Eva-Maria Stange,

Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Otfried Nassauer

Auf der Suche nach einer neuen Weltordnung - europäische Versuche und amerikanische Antworten

Gibt es noch den Westen? - so lautet die Frage, die Sie mir für den heutigen Vortrag gestellt haben. Eine Frage, die in Mode gekommen ist. Im vergangenen Herbst wurde sie in etwas anderer Weise gestellt: Damals fragten fast gleichzeitig die Heinrich-Böll-Stiftung, Th. L. Friedman, der berühmte Kolumnist der New York Times und der ehemalige Leiter der UNO-Inspektoren im Irak Hans Blix: Entwickeln sich Europa und die USA unaufhaltsam auseinander, weil in Europa nunmehr der 9. November 1989, das Ende des Kalten Krieges, das identitätsstiftende Bezugsdatum ist, während für die USA der 11. September 2001, der Tag der Terroranschläge in New York und Washington, diese Funktion hat? Damals wurde argumentiert, nun gebe es im Gegensatz zu den Zeiten des Kalten Krieges kein gemeinsames identitätsstiftendes Bezugsdatum mehr, wie dies mit dem Jahr 1945 früher der Fall war. Mithin: Ich interpretiere die Frage, die Sie mir für heute gestellt haben, als die Frage nach der Zukunft des transatlantischen Verhältnisses.

Lassen Sie mich zunächst eine Gegenfrage stellen: Gab es jemals *den Westen*? Oder gab es mit der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt nur eine von Westeuropa und den USA gemeinsam identifizierte Hauptbedrohung? Dafür spricht, daß damals wie heute eine Ursache transatlantischer, sicherheitspolitischer Differenzen in Bedrohungsperzeptionen lag, die ähnlich, aber nicht identisch waren. Während des Kalten Krieges hieß es: Ein Nuklearkrieg zwischen Ost und West würde möglicherweise alle NATO-Staaten einer absoluten Existenzgefährdung aussetzen. Zugleich aber gab es immer wieder Diskussionen über An- und Abkopplung, über die Möglichkeit eines auf Europa begrenzten Atomkrieges und damit deutliche Anzeichen dafür, daß es diesseits und jenseits des Atlantiks auch Unterschiede in der Bedrohungsperzeption gab.

Diese unterschiedlichen Perzeptionen führten zugleich zu unterschiedlichen sicherheitspolitischen Interessen. Westeuropa - wie übrigens auch Mitteleuropa - war daran interessiert, daß die USA und die Sowjetunion eine nukleare Konfrontation nicht auf Europa begrenzen konnten; für beide Supermächte dagegen wäre eine vorläufige gegenseitige Verschonung der eigenen Territorien durchaus eine bedenkenswerte Option gewesen. Und was für die Sicherheitspolitik des Kalten Krieges galt, galt auch in anderen Bereichen. Westeuropa

und die USA hatten aus Gründen während der Systemkonkurrenz überwiegend ähnliche, aber nie identische nationale Interessen.

Betrachten wir nun die Lage nach dem Ende des Kalten Krieges: Mittlerweile gibt es das Gefühl einer grundsätzlichen Bedrohung selbst der staatlichen Existenz nicht mehr. In Europa zumindest. Für die USA dagegen hat der 11. September 2001 eine neue Erfahrung impliziert. Das Ende des Traums von der Unverwundbarkeit Amerikas wurde eingeläutet. Terrorismus und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen werden in den USA als Bedrohungen betrachtet, denen mit asymmetrischer Abschreckung begegnet werden muß. Von manchen werden sie sogar als so existenzgefährdende Bedrohungen betrachtet, daß zu ihrer Eliminierung jedes Mittel recht ist, sogar der Bruch bestehenden Rechts, des Völkerrechts sowie individueller Rechte und Menschenrechte.

In Europa ist das anders. Hier werden Terrorismus und Proliferation auch als bedeutende Risiken eingeschätzt - nicht jedoch als existentielle Bedrohungen. Man kann Terrorismus- und Proliferationsrisiken eindämmen und reduzieren, aber eliminieren kann man sie nicht - so die Einschätzung der meisten europäischen Fachleute und Politiker. Diesbezüglich sind sie mit den Risiken vergleichbar, die jede Industriegesellschaft zur Risikogesellschaft machen. So, wie ein Atomkraftwerk letztlich nicht 100prozentig gegen einen GAU geschützt werden kann, kann eine hochindustrialisierte Gesellschaft nicht mit 100prozentiger Sicherheit gegen einen Terroranschlag geschützt werden. Es bleibt ein Restrisiko. Was während des Kalten Krieges galt, gilt auch weiterhin: Westeuropa und die USA haben auch in anderen Bereichen überwiegend ähnliche, aber so gut wie nie identische nationale Interessen. Die Systemkonkurrenz findet, ohne als solche bezeichnet zu werden, heute zwischen verschiedenen Ausprägungen des Kapitalismus statt.

Betrachten wir also die Zukunft der transatlantischen Beziehungen und die strategische Entwicklung in den vergangenen Jahren unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten.

Die Neuen Rahmenbedingungen

Militärische Einsätze zur Verteidigung nationaler Territorien gegen einen klassischen, staatlich geführten, militärischen Angriff von außen sind auf absehbare Zukunft unwahrscheinlich. Die Bundesrepublik ist von Bündnispartnern umzingelt. Weder den NATO- noch den EU-Staaten droht angesichts ihrer weit überlegenen militärischen Fähigkeiten ein solcher Angriff durch einen Staat oder eine Staatenkoalition, der erfolgversprechend sein könnte. Frühere potentielle Gegner wie Rußland haben heute ein wohlverstandenes

genuines Eigeninteresse an sicherheitspolitischer Kooperation, da sie von Kooperation - z.B. im Energiesektor - lebenswichtig profitieren, unter Konkurrenzbedingungen aber eher viel zu verlieren hätten. Mithin konzentriert sich die Debatte über die Zukunftsaufgaben von Militär und Sicherheitspolitik in Deutschland, Europa und der NATO zunehmend auf verbleibende sicherheitspolitische Risiken anderer Art.

Drei Risikokategorien und den möglichen Kombinationen aus ihnen wird dabei immer wieder besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Dies sind erstens Risiken, die sich im weitesten Sinne aus Staatszerfall und der teilweisen bzw. vollständigen Aneignung von Funktionen des staatlichen Gewaltmonopols durch nichtstaatliche Akteure ergeben. Es sind zum zweiten Risiken, die sich aus dem Handeln nichtstaatlicher, transnational tätiger, bewaffneter Akteure, wie z.B. Terroristen, religiöser Extremisten oder auch transnationaler Konzerne ergeben können. Und es sind drittens Risiken, die aus der Proliferation von Massenvernichtungswaffen an staatliche oder nicht-staatliche Akteure erwachsen könnten, da diesen Waffen ein extraordinäres Schadenspotential inhärent ist. Hinsichtlich aller drei Risikokategorien wird von asymmetrischen Risiken gesprochen, da sie keine klassische Kriegsherausforderung, wohl aber probate Formen der gewaltförmigen Auseinandersetzung zwischen höchst ungleich gerüsteten Gegnern darstellen können. Aus Sicht der potentiellen Opponenten sucht David seine Chance gegen Goliath.

Für all diese Risiken gilt, daß

- kein Staat allein, auf nationalem Wege, Sicherheit gegen diese Risiken gewährleisten kann,
- militärische Mittel nicht und schon gar nicht allein in der Lage sind, diese Risiken auszuschalten,
- die bestmögliche Sicherheit in multilateraler Kooperation und mittels eines ressortübergreifenden Ansatzes, einer Sicherheitspolitik aus einem Guß, erzielt werden kann,
- hundertprozentige Sicherheit weder möglich noch - wegen der innenpolitisch-autoritären Nebeneffekte - erstrebenswert ist und
- diesen Risiken nicht ausschließlich mit Maßnahmen innerhalb eines einzelnen nationalen Territoriums begegnet werden kann.

Die Sicherheitsstrategie der EU und deren Entwurf machen darüber hinaus deutlich, daß auf weitere Risiken zu achten ist, die in der US-amerikanischen Debatte deutlich weniger Beachtung finden. Das sind u.a. Risiken, die sich aus dem globalen Klimawandel (und damit auch aus der Energiepolitik), aus der organisierten Kriminalität und aus Ressourcenkonflikten, z.B. um Trinkwasser oder künftigen Migrationströmen, ergeben könnten.

Hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit dürften - abgesehen von kleinen Einsätzen z.B. zu humanitären oder Evakuierungszwecken - drei Szenarien die kurz- und mittelfristige Zukunft europäischer Streitkräfteeinsätze bestimmen. Dies sind erstens friedenserhaltende und friedenserzwingende Maßnahmen, also längere, ressourcenintensive Einsätze, die im wesentlichen von einem niedrigen oder mittleren Gewaltniveau gekennzeichnet sind und die der Befriedung aus humanitären Gründen bzw. dem Wiederaufbau in ehemaligen Kriegsregionen dienen. An solchen Einsätzen werden europäische Streitkräfte gleichberechtigt oder auch in führender Rolle teilnehmen.

Zweitens dürften europäische Streitkräfte realistischerweise gelegentlich bei harten Interventionen zum Einsatz kommen, wenn eine Unterstützung der USA aufgrund übereinstimmender Interessen oder eines drohenden, inakzeptabel großen Schadens im transatlantischen Verhältnis politisch geraten erscheint. Hier ist zumeist von einer unterstützenden, nicht gleichberechtigten Rolle und von einem hohen Gewaltniveau im Rahmen vergleichsweise kurzer Kriegshandlungen auszugehen.

Drittens dürften sie - ebenfalls aus eher politisch-opportunistischen Gründen - dann zum Einsatz kommen, wenn nach US-geführten Interventionen das seitens der USA ungeliebte Nation-Building ansteht. Dabei ist - je nach Konfliktlage - von einem zunächst eher niedrigen oder mittleren Gewaltniveau auszugehen, wobei sich aber erst im Laufe der Zeit zeigen wird, ob sich die Lage im Einsatzgebiet stabilisiert oder die Auseinandersetzungen erneut eskalieren. Auch hier ist mit einer zumeist längeren oder gar sehr langen Einsatzdauer zu rechnen.

Kennzeichnend für dieses Spektrum wahrscheinlicher militärischer Einsätze ist es zudem, daß zielbedingt sehr unterschiedliche Fähigkeiten gefordert und gefragt sein werden: Zum einen sind zur Deeskalation beitragende, die Lage stabilisierende militärische Fähigkeiten (quasi polizeilicher Natur) gefragt, zum anderen unter allen Bedingungen durchsetzungsfähige überlegene dominanz- und eskalationsfähige Interventionsfähigkeiten.

Mögliche militärische Einsätze dürften von äußerst unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen begleitet sein. Für militärische Stabilisierungsmaßnahmen in und im direkten Umfeld Europas und europäische Beteiligungen an Maßnahmen der Vereinten Nationen oder der OSZE, die der politischen Interessenslage Europas entsprechen, ist mit politischem Rückhalt zu rechnen. Die europäische Mitsprache und Entscheidungsbefugnis hinsichtlich der Frage, wie mit einer aufkommenden Krise umgegangen werden soll, darf in den meisten Fällen als gesichert gelten. Mit dem Vorliegen einer Mandatierung darf gerechnet werden. Ganz anders würde das bei der Unterstützung

US-geführter Interventionen und bei Nation-Building-Aufgaben nach US-Interventionen sein. Von Fall zu Fall dürfte sich in diesem Kontext entscheiden, ob die USA Europa ein Mitspracherecht bei Entscheidungen über potentielle Interventionen gewähren oder nicht. Bei Nation-Building-Aufgaben nach Interventionen Washingtons - wie z.B. im Irak - träfe Europa auf eine vorgegebene Lage. Es stünde die Frage, ob sich Europa beteiligt oder ob es sich einer Beteiligung überhaupt entziehen kann.

Die Umstände, unter denen Europa über seine Beteiligung an militärischem Krisenmanagement wird entscheiden müssen, sind also voraussichtlich nicht nur durch die aktuelle Krise selbst bestimmt, sondern auch durch Anforderungen Washingtons im Kontext der jeweiligen aktuellen politischen und militärischen Interessenlage der USA.

Die Antwort Washingtons - Außen- und Sicherheitspolitik unter George W. Bush

Die Außen und Sicherheitspolitik der Bush-Administration wird bislang von Neokonservativen dominiert. Sie argumentieren, daß die USA sich ihrer Rolle als alleinige Supermacht erst noch bewußt werden und daraus die Konsequenzen ziehen müssen. Es gelte, die Weltordnung so neu zu gestalten, daß diese die Aufrechterhaltung der alleinigen amerikanischen Führung erleichtere und die Herausbildung regionaler Konkurrenten erschwere. Eine deutliche Flexibilisierung der amerikanischen machtpolitischen Handlungsmöglichkeiten sei vonnöten. Ein verstärkter Rückgriff auf naturrechtliche Vorstellungen, das Recht des Stärkeren, sei angemessen, weil das Verhältnis der Staaten untereinander anarchisch sei. Nicht Legalität und Recht, sondern Legitimität und Rechtfertigbarkeit rücken in den Vordergrund. Flexiblere Optionen zur Ausübung von Macht werden durch eine aktive *Deregulierung der internationalen Beziehungen* erreicht. Diese nimmt verschiedene Formen an:

- Sie drückt sich in einer Entrechtlichung der internationalen Beziehungen aus. Rechtliche Regeln, die die eigene Handlungsfreiheit einschränken, werden beseitigt (ABM-Vertrag) oder gar nicht erst eingegangen (Internationaler Strafgerichtshof). Praktiziert wird ein Multilateralismus a la carté: Nur Vereinbarungen, die - wie der Nichtverbreitungsvertrag - dem nationalen Interesse dienlich sind, bleiben erhalten.
- Mit der Entrechtlichung einher geht eine Politik der Renationalisierung von Entscheidungsbefugnissen und Rechtssetzungsansprüchen. Die Bush-Administration verlagert zentrale politische Entscheidungsbefugnisse von internationalen Institutionen zur nationalen Regierung. So wurde die Entscheidung über den Irak-Krieg von New York nach Washington verlegt.

- Die Deregulierung zeigt sich damit auch in einer Devaluierung internationaler Organisationen, die bisher die Aufgabe hatten, multilateral kollektive Entscheidungsprozesse zu organisieren. Sie werden vor die Wahl gestellt, *freiwillig* zu Erfüllungsgehilfen nationaler Entscheidungen der USA zu werden oder nur noch als potentielle Konsultationsgremien zu dienen bzw. ins Abseits geschoben zu werden. Sowohl die NATO als auch die Vereinten Nationen waren davon betroffen.
- In der Bündnispolitik wird ebenfalls Multilateralismus a la carté praktiziert - als *Coalition of the Willing*. Nicht Strukturen, die wie die NATO als Orte gemeinsamer Entscheidungsfindung konzipiert sind, dienen als vorrangiges Instrument multilateraler Kooperation, sondern ad-hoc-Koalitionen, die sich entlang der Vorgaben Washingtons ergeben bzw. als möglich erweisen. Donald Rumsfelds Diktum von der Mission, die die Koalition definiere, statt über die Mission zu entscheiden, beschreibt dies gut.
- Die Bush-Administration verfolgt eine Ausweitung der als legitim erachteten Interventionsgründe. Neben die *humanitäre Intervention* treten die Bekämpfung des Terrorismus und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen an staatliche wie an nichtstaatliche Akteure. Das amerikanische Rechtsverständnis ist präzedenzfallorientiert. War Kosovo der Präzedenzfall für eine humanitäre Intervention, so ist Afghanistan jener für die Bekämpfung des Terrorismus und der Irak sollte es für die Bekämpfung der Proliferation werden. Auf Präzedenzfälle kann man sich berufen, wenn es gilt, künftige Interventionen als legitim darzustellen.
- Schließlich werden die Umstände, unter denen legitimerweise Krieg geführt werden darf, erweitert: Prävention und Präemption mit militärischen Mitteln wurden in den Kanon politischer Handlungsmöglichkeiten aufgenommen. Dieser Schritt findet seine Analogie in einer Politik, die sich abzeichnende geopolitische Veränderungen oder Krisen nicht abwartet und darauf reagiert, sondern unter dem Vorzeichen, Weltordnung neu zu gestalten, selbst einleitet.

Die Deregulierung der internationalen Beziehungen ist kein Selbstzweck, sondern Schritt und Phase auf dem Weg zu einer den neuen Risiken und Gefährdungen angepaßten Ordnung unter dauerhafter Führung der USA. R. N. Haass, bis vor wenigen Monaten Planungsdirektor im US-Außenministerium, spricht davon, eine *Doktrin der Grenzen nationaler Souveränität* zu entwickeln, also ein Set von Werten, an das sich Regierungen halten müssen, wenn sie vor Interventionen der internationalen Staatengemeinschaft oder der USA sicher sein wollen. Regierungen müssen Werte wie Demokratie, Menschenrechte, freie Marktwirtschaft, Nichtunterstützung von Terrorismus oder Proliferation gewährleisten. Tun oder können sie das nicht, so darf und muß *Regime Change* erzwungen werden können. Die internationalen Organisationen müssen

entweder Instrumente der Implementierung dieser neuen Weltordnung werden oder aber - wenn sie sich dazu unfähig bzw. unwillig zeigen - durch neue, unter Führung Washingtons zu gründende Institutionen abgelöst werden. Ähnliches gilt für das internationale Recht. Es muß angepaßt werden, oder es verliert seine Bindungskraft.

Ob auf die Phase der Deregulierung der internationalen Beziehungen auch wirklich eine solche Phase der Rekonstruktion folgen wird, läßt sich nicht abschließend beurteilen. Zweifel sind angebracht. Zum einen, weil Glaubwürdigkeit und Konsistenz für die Wertebasierung einer neuen Weltordnung unabdingbare Voraussetzungen sind. Beides steht in Frage, seit die partiell parallele Eskalation der Konflikte um die Massenvernichtungswaffen Nordkoreas und des Iraks Washingtons Politik vor die Frage *Viele Kriege oder viele Standards?* stellte. Auch hinsichtlich der Terrorismusbekämpfung gilt ähnliches. Zum anderen darf bezweifelt werden, ob die USA über die wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen verfügen, um die angedachte neue Ordnung im Alleingang und, wo immer nötig, militärisch durchzusetzen. Das Phänomen der Gefahr der imperialen Überdehnung droht. Würde nur eine Deregulierung der internationalen Beziehungen vollzogen, der Aufbau einer neuen Weltordnung auf veränderter Wertebasis aber scheitern, so wäre ein deutliches Weniger an Stabilität und ein deutliches Mehr an zwischenstaatlicher Anarchie die wahrscheinliche Folge.

Als Kollateralschaden könnte eintreten, was vorgeblich verhindert werden soll - ein Mehr an Terror und Proliferation. Zumindest ersteres deutet sich ansatzweise im Irak bereits an. Dies hätte für Washington schwerwiegende Folgen - mehr aber für ein Europa, das noch kein einheitlicher Akteur ist, der schnell genug agieren könnte. Es bleibt abzuwarten, ob Washington eine solche Entwicklungsoption als ein Ziel seiner Politik zu erkennen gibt bzw. sie als Mittel einsetzt, um dem Entstehen eines regionalen, europäischen Konkurrenten vorzubeugen.

Europäische Antwortversuche

Der Europäische Rat in Thessaloniki billigte am 19.06.2003 erstmals Grundzüge einer sicherheitspolitischen Strategie für die Staaten der Europäischen Union (EU). Diese wurden wenig, aber entscheidend verändert anläßlich des nächsten Gipfeltreffens der EU und während der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel am 12.12.2003 endgültig verabschiedet. Das Dokument ist Ausdruck der Tatsache, daß die sicherheitspolitische Diskussion in Europa weiter in Bewegung bleibt. Das verdeutlicht ein Zitat aus dem von J. Solana verantworteten Papier mit dem Titel *Ein sicheres Europa in einer besseren Welt*: „Als Zusammenschluß von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern,

die ein Viertel des Bruttosozialproduktes weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union, der zudem ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung steht, zwangsläufig ein globaler Akteur. ... Europa muß daher bereit sein, Verantwortung für die globale Sicherheit und für eine bessere Welt zu tragen.“

Deutlich wird, daß nichts Geringeres als eine Bestimmung der sicherheitspolitischen Rolle Europas Gegenstand der Debatte ist. Im Kern geht es um Europa als global wirkenden sicherheitspolitischen Akteur. Erneut ausgelöst wurde diese Debatte durch die Nachwirkungen der Terroranschläge vom 11. September 2001. Aber und viel nachhaltiger wirkt die Neuformulierung der US-Außen- und Sicherheitspolitik unter George W. Bush. Nach acht Jahren demokratischer Präsidentschaft setzt Bush wieder dort an, wo sein Vorgänger und Vater, George H. W. Bush, 1992 gezwungenermaßen aufhören mußte: bei der Ausgestaltung einer neuen Weltordnung für die Zeit nach der Bipolarität des Kalten Krieges, einer Weltordnung unter Führung Washingtons - als einzig verbliebener Supermacht mit im nationalem Interesse distanziert-skeptischer, wenn nicht sogar ablehnender Haltung gegenüber der sicherheitspolitischen Integration Europas. Verkörpert wird die inhaltliche Kontinuität durch den damaligen Verteidigungsminister und heutigen Vizepräsidenten D. Cheney. Die EU-Staaten versuchen nun mit einer eigenen Europäischen Sicherheitsstrategie, trotz für die nahe und mittlere Zukunft absehbar erschwelter Rahmenbedingungen, eine aktuelle Standortbestimmung.

Europa wendete sich der Debatte über eine Anpassung der Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges und der Frage nach seiner eigenen sicherheitspolitischen und militärischen Rolle außerhalb Europas nur schrittweise und vergleichsweise langsam zu. Frankreich unternahm zunächst mit der Reaktivierung der WEU und der Initiative zu den *Petersberger Aufgaben* von 1992 einen Versuch, Europa mit friedensunterstützenden, militärischen Maßnahmen zur Unterstützung der UNO und der OSZE ein eigenständiges Handlungsfeld und Profil zu erschließen. Dieser Versuch wurde jedoch durch die Öffnung der NATO für das gleiche Aufgabenfeld und durch technische Abkommen zur Anbindung der WEU und des Eurokorps an die NATO binnen weniger Jahre wieder eingeeht. Fortan galt, daß sich die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität innerhalb der NATO herausbilden solle.

Erst die Erweiterung der sicherheitspolitischen Befugnisse der EU durch den demnächst in Kraft tretenden Amsterdamer Vertrag und die in diesem Kontext initiierte Idee einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), die letztlich in einer Europäischen Verteidigungspolitik münden soll, bot Ende 1998 erneut Anlaß, über Europa als potentiell eigenständigen, sicherheitspolitischen Akteur nachzudenken. Parallel zur

Eskalation der Kosovo-Krise zum Krieg entwickelte die EU auf intergouvernementaler Ebene Grundlagen eines Konzept für ein autonomes europäisches Krisenmanagement im Rahmen der *Petersberg-Aufgaben*. Diese wurden erstmals während des informellen Treffens der EU-Außenminister in Reinhardtshausen unmittelbar vor Beginn des Krieges gebilligt, fanden in ihrem Kern überraschenderweise Eingang in das Abschlußkommunique des Washingtoner NATO-Gipfels im April 1999 und wurden während der Sitzung des Europäischen Rates in Köln im Juni 1999 endgültig verabschiedet. Sechs Monate später fielen in Helsinki erste Beschlüsse, dieses Konzept durch entsprechende militärische und später auch nichtmilitärische Fähigkeiten zu unterfüttern. Washington versuchte in der Folge letztlich erfolgreich, auch diese Initiativen, soweit von militärischer Bedeutung, über technische Abkommen zwischen der EU und der NATO einzuhegen und politisch für sich über Mitspracherechte der NATO kontrollierbar zu machen. Die EU soll zwar autonome Beschlüsse zum Krisenmanagement fassen können, nicht aber über gesicherte autonome Planungs- und Kommandostrukturen sowie Durchführungsmöglichkeiten für entsprechende militärische Aktionen verfügen.

Nach den Anschläge des 11. September 2001 drängten die USA zudem verstärkt auf ein erweitertes globales Engagement der NATO bei Interventionen zur Bekämpfung des Terrorismus und der Proliferation. Mit dem Vorschlag der NATO-Response Force, einer primär europäischen Eingreiftruppe zur Unterstützung solcher US-geführter Interventionen, soll Europa zudem veranlaßt werden, die Modernisierung seiner Streitkräfte nach US-Vorbild zu beschleunigen und sich auf die politische Debatte über die Notwendigkeit und Legitimität solcher Interventionen einzulassen. Da solche Einsätze bislang noch außerhalb der europäischen Konzeption für das Krisenmanagement angesiedelt waren, wurde so zugleich eine sicherheitspolitische Refokussierung auf die NATO eingeleitet. Der beschleunigte Ablauf des politischen Prozesses verstärkt für die europäischen Staaten zudem die Notwendigkeit, sich auf nationaler und nicht auf europäischer Ebene zu den rechtlich und politisch problematischen Aspekten der veränderten Strategie Washingtons zu verhalten: Für entscheidende Fragen wie jene, ob ein Mandat der UNO Voraussetzung einer Intervention sein sollte oder ob präventives oder präemptives militärisches Handeln zulässig sein sollte, müssen statt einer europäischen viele nationale Antworten gesucht werden, Antworten, die eine spätere gemeinsame europäische Antwort erschweren, aber auch präjudizieren könnten.

Dieser Prozeß impliziert zudem eine Reorientierung der europäischen Diskussion auf die seitens der USA präferierte militärische Seite der Sicherheitspolitik. Das unterscheidet die Vorgänge in der NATO von der Herangehenswei-

se in der EU - der parallelen, wenn auch ungleich gewichteten Entwicklung eines zivilen und eines militärischen Instrumentariums für das Krisenmanagement, das letztlich konsekutiv, ergänzend oder auch integriert angewendet werden kann.

J. Solanas Grundzüge einer europäischen sicherheitspolitischen Strategie und die vom Europäischen Rat im Dezember 2003 verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie spiegeln die geschilderte Entwicklung bzw. Gemengelage wider: Die Autoren versuchen, eine Balance zwischen der Vision eines auch gegenüber Washington eigenständigen, europäischen Ansatzes und der ihnen (unter)bewußt bekannten, bereits erfolgten Einhegung europäischer Autonomie-Ambitionen zu finden. Einhegungserfolge versuchen sie so gut wie möglich zu kaschieren, indem ihre Aussagen zu den militärischen Aspekten der Sicherheitspolitik ausgesprochen vage und allgemein bleiben. Ersteres wird - wo immer möglich - betont, so wenn die EU bereits als glaubwürdiger und handlungsstarker Akteur im globalen sicherheitspolitischen Kontext beschrieben wird.

Das Ergebnis ist - wie könnte es anders sein - zwiespältig. In der Analyse der Sicherheitsrisiken folgt die Europäische Sicherheitsstrategie in weiten Teilen der Tonlage Washingtons - allerdings mit leicht anderen Gewichtungen. Terrorismus, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Regionalkonflikte und das Scheitern von Staaten, die Organisierte Kriminalität - aber leider nicht mehr wie im Entwurf jene Risiken, die sich z.B. aus dem drohenden Klimawandel ergeben - werden als *Hauptbedrohungen* dargestellt.

Sodann benennt sie drei strategische Ziele europäischer Sicherheitspolitik: die Abwehr der Hauptbedrohungen, Europas Interesse an einer Stabilisierung und Stärkung der Sicherheit in seiner weiteren Nachbarschaft (Balkan, Nahost, Südkaukasus, Mittelmeerraum) sowie eine *Weltordnung auf Grundlage eines wirksamen Multilateralismus*, zu der u.a. die Stärkung der Vereinten Nationen, der Welthandelsorganisation und regionaler Organisationen gehört. Der von Washington abgelehnte Internationale Strafgerichtshof - im Entwurf noch explizit erwähnt - fehlt. Eine auffällige Veränderung gegenüber dem Entwurf besteht auch darin, daß sich nunmehr die Reihenfolge der Ziele verkehrt hat. Die Bedrohungsabwehr rangiert vor Stabilisierung und Multilateralismus. Im Juni rangierte die Stabilisierung vor der Stärkung multilateraler Institutionen und der Abwehr der Bedrohungen.

Schließlich formuliert das Dokument *Auswirkungen auf die Europäische Politik*, die man auch Anforderungen für eine verbesserte Handlungsfähigkeit in der Zukunft nennen könnte. Verglichen mit dem Dokument von Thessaloniki haben hier weitere Veränderungen stattgefunden. Die Forderung nach einer

strategischen Kultur, die frühzeitiges, rasches und robustes Eingreifen fördert, steht nunmehr nicht mehr im Kontext militärischer Einsätze, sondern im Kontext des zivil-militärischen Mittelmixes, den es möglichst wirksam einzusetzen gilt. Die Option präventiven Eingreifens wurde scheinbar *entmilitarisiert*, d.h. sie bezieht sich nunmehr als *präventives Engagement* auf politische Wirkinstrumente, impliziert militärisches Engagement aber letztlich doch im Rahmen jener Kultur frühzeitiger *wenn nötig robuster Interventionen*. Ausgerichtet soll das präventive Engagement auf *humanitäre Krisen* und *Anzeichen der Proliferation* sein.

Unter der Überschrift: *Mehr Handlungsfähigkeit* fordert die Strategie mehr Ressourcen für die Verteidigung sowie deren effizientere Nutzung, verbesserte Möglichkeiten, zivile Krisenmanagementmittel zum Einsatz zu bringen, sowie eine verbesserte Zusammenarbeit im diplomatischen und geheimdienstlichen Bereich. Unter dem Stichwort *Mehr Kohärenz* wird eine verbesserte Integration der verschiedenen politischen Handlungsoptionen der EU sowie deren Ausrichtung auf gemeinsame politische Zielsetzungen gefordert. Neu hinzugekommen sind in diesem Abschnitt - ebenso wie in einer Passage über Zusammenarbeit mit Partnern - verstärkende Formulierungen zur Kooperation mit der NATO.

Janusköpfig ist das Dokument vor allem, wenn es um die künftige militärische Rolle der EU, insbesondere jene jenseits von friedensunterstützenden Maßnahmen, geht. Es stellt fest, angesichts der neuen Risiken liege die erste Verteidigungslinie immer häufiger im Ausland. Gefordert wird eine strategische Kultur für frühzeitige, schnelle und wenn nötig robuste Interventionen. Aber eine erkennbare, klare Konzeption für Voraussetzungen, Ziel, Art und Charakter europäischer militärischer Interventionen fehlt. Es wird kein Versuch unternommen zu klären, unter welchen Bedingungen Europa Streitkräfte einsetzen sollte und unter welchen nicht. Manch wichtige Frage ist einfach ausgeblendet, zum Beispiel jene nach der Finalität der ESVP oder jene nach dem künftigen Verhältnis von innerer und äußerer Sicherheit. Vor allem aber bleibt die Frage nach den Kriterien, die angelegt werden sollten, wenn über ein militärisches Engagement der EU entschieden werden muß, unbeantwortet. Soll dies entlang des kleinsten gemeinsamen Nenners nationaler Interessenslagen geschehen? Oder entwickelt die EU verbindliche Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, wenn ein militärisches Eingreifen erwogen werden soll? Sind beispielsweise ein UN-Mandat oder klare militärische und politische Zielvorgaben für einen Einsatz zwingend? Bedarf es klarer Vorgaben für eine Exit-Strategie, also einen Abbruch der Mission, wenn diese sich als undurchführbar erweist? Sollen präventive oder präemptive militärische Schläge zulässig oder unzulässig sein?

Damit bleiben für die Grundausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik entscheidende Fragen vorläufig vertagt oder bewußt unbeantwortet, weil eine Einigung unter den Mitgliedern der EU derzeit nicht möglich ist. Es bleibt offen, ob Europa seine Sicherheitspolitik letztlich an die Washingtons anpassen oder auf Basis seiner eigenen Interessen eine eigenständige Politik formulieren will.

Wunsch und Wirklichkeit klaffen zudem in Europa nicht zuletzt deshalb oft weit auseinander, weil nicht rechtzeitig über entscheidende Fragen diskutiert wird. Oft werden notwendige Debatten blockiert, weil schon das Diskutieren als Präjudiz hinsichtlich des Zieles oder Zeitplans erachtet werden könnte oder dazu zwänge, Positionen zu beziehen, die die tagespolitische Flexibilität nationaler Regierungen einschränken könnte. Die Stärkung der intergouvernementalen Zusammenarbeit gegenüber der vergemeinschafteten, die sich im Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes spiegelt, wird diese Tendenz voraussichtlich weiter verstärken.

Schließlich muß angemerkt werden, daß die neue Europäische Sicherheitsstrategie nicht immer kohärent ist. Sie plädiert zwar deutlich für eine Integration außen- und sicherheitspolitischer Wirkinstrumente der EU und erkennt an, daß die Risiken der Zukunft nicht vorrangig mit militärischen Mitteln eingedämmt werden können. Jedoch weist sie - was den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Sicherheit betrifft - eine seltsame Einäugigkeit auf: *Sicherheit* sei, so das Dokument, *eine Vorbedingung für Entwicklung*. Die zweite Seite der Medaille, daß Entwicklung eine Vorbedingung für Sicherheit sein könnte, sucht man dagegen vergebens - und mit ihr den Versuch, in der Strategie präzise und kohärent zu beschreiben, wie wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik oder Handels- und Zollpolitik präventiv zur Verhinderung potentiell militärisch relevanter Konflikte beitragen können.

Aktive Asymmetrie - eine europäische Sicherheitspolitik aus einem Guß

Betrachten wir nun - partiell unabhängig von den kurzfristigen machtpolitischen Realisierungschancen - die Frage, wie eine europäische Sicherheitspolitik der Zukunft eigentlich aussehen müßte, gerade dann, wenn sie gemeinsam, wirkungsvoll und unter Rückgriff auf Europas breites Ressourcenpotential erfolgen würde.

Europa ist - wenn die bereits erreichte Integration nicht wieder zur Disposition gestellt werden soll - langfristig auf dem Weg, ein einheitlicher Staat und - vielleicht schon zuvor - ein einheitlicher Akteur in der Außen- und Sicherheitspolitik zu werden. Dazu ist es erforderlich, daß die EU hinsichtlich aller

Souveränitätsfragen bereits heute so agieren muß, als sei das Endstadium der Integration bereits erreicht. Souveränitätsverzicht darf nur auf Gegenseitigkeit geübt werden - auch gegenüber der NATO oder den Vereinigten Staaten.

Europas Interessen sind mit denen der Vereinigten Staaten nicht identisch. Übereinstimmung und Gemeinsamkeiten überwiegen, es gibt aber auch gravierende Unterschiede. So muß Europa an Multilateralismus und kooperativer Multipolarität ebenso interessiert sein wie an einer zunehmenden Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und an einer Stärkung internationaler Regimes und Institutionen. Dies ergibt sich quasi *natürlich* schon daraus, daß Europa nicht der *Stärkste* ist, der von Regelverletzungen profitieren könnte. Europa muß zudem ein Interesse daran haben, daß auf Krisen frühzeitig und mit vorrangig nichtmilitärischen Mitteln reagiert wird, nicht aber spät und mit zumeist militärischen Instrumenten.

Im Gegensatz zu Washington verfügt Europa primär über nichtmilitärische Ressourcen zum Konfliktmanagement. Europa muß zudem ein Interesse haben, darüber, wie auf Krisen und Konflikte reagiert wird - auch gegenüber Washington - ein Mitentscheidungsrecht zu haben. Das setzt voraus, daß Europa bei der Gestaltung von Weltordnung verantwortlich mitwirkt und glaubwürdige Fähigkeiten besitzt, um mitwirken zu können. Sicherheitspolitik ist eine Gestaltungsaufgabe.

Die Stärken der europäischen Fähigkeiten zum Krisenmanagement liegen im zivilen Bereich, in der Fähigkeit zu sozialer, politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Intervention. Sie sind das europäische Standbein. Die militärischen Fähigkeiten sind dagegen auf absehbare Zeit Europas Spielbein.

Um seine Stärken trotzdem zur Geltung bringen zu können, muß sich Europa frühzeitig in Krisen engagieren. Damit es seine Stärken ausspielen kann, darf die EU nicht länger darauf verzichten, die globale Tagesordnung mitzubestimmen. Sie muß Zukunftskonflikte und Zukunftsrisiken benennen, Wege und Mittel zum Umgang mit ihnen vorschlagen. Der Früherkennung von gewaltförmigen Konflikten und der Gewaltprävention muß aus europäischer Sicht Vorrang vor deren Eindämmung und Einhegung zukommen. Der Gewalteinämmung und -einhegung wiederum muß Vorrang vor der Bekämpfung von Gewalt mit Gewalt, d.h. vor Interventionen zukommen. Glaubwürdige militärische Mittel können Europa als letztes Mittel dienen, um andere Formen des Konfliktmanagements abzusichern, sind aber kein Selbstzweck und sollten aufgrund des Charakters der sicherheitspolitischen Restrisiken auch keine prioritären Mittel sein. Sie können weder diese Risiken, noch die Ursachen für deren Entstehung ausschalten.

Prävention und Präemption müssen feste Bestandteile einer künftigen europäischen Sicherheitspolitik sein - mit nichtmilitärischen Mitteln. Europa muß von einem erweiterten Sicherheitsbegriff ausgehen und ebenso von einem erweiterten Begriff der Lastenteilung im transatlantischen Verhältnis. So sind beispielsweise Europas entwicklungspolitische Transferleistungen ebenso wie seine Zahlungen zur Stabilisierung Südost- oder Osteuropas zweifelsohne Beiträge zur Sicherheit.

Ein Mitentscheidungsrecht über den Umgang mit künftigen Krisen und Konflikten wird sich Europa in Washington trotzdem nur sichern können, wenn es begrenzte, aber glaubwürdige eigene Mittel zur Mitwirkung auch bei militärischen Handlungsoptionen besitzt. Über solche Mittel zu verfügen, heißt nicht, sie auch immer einzusetzen. Es impliziert, sie als letztes Mittel nutzen zu können. Es impliziert aber auch die Möglichkeit, deren Einsatz abzulehnen und damit dem Drängen auf eine politische, nicht militärische Lösung höhere Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Wenn Europa seine Stärken wirklich zur Geltung bringen will, dann steht es vor der Herkulesaufgabe einer dreifachen Integration auf dem Wege zu einer wirksamen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik: Integriert werden müssen erstens die nationalen Sicherheitspolitiken, zweitens die vergemeinschafteten und intergouvernementalen Aspekte der europäischen Zusammenarbeit und drittens die möglichen Gestaltungsmittel und Wirkungsinstrumente einer europäischen Sicherheitspolitik aus einem Guß - von humanitärer Hilfe und Sanktionen über Entwicklungspolitik, Außenwirtschaftspolitik, internationale Finanzpolitik, Rüstungsexporte, Diplomatie, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung bis hin zu den Mitteln des zivilen und militärischen Krisenmanagements. Denn all diese Instrumente „sollten derselben Agenda folgen. In einer Krise ist eine einheitliche Führung durch nichts zu ersetzen“, so bemerkte J. Solana in seinem Entwurf der Europäischen Sicherheitsstrategie .

Schlußfolgerungen

Niemand konnte erwarten, daß es der EU aus dem Stand gelingen würde, innerhalb weniger Monate ein stimmiges Gegenstück zur Nationalen Sicherheitsstrategie der USA zu entwickeln. Um dieses Dokument zu schreiben, benötigte C. Rice mit ihrem Team rund 20 Monate. Es setzt klar und deutlich auf die nationalen Interessen Washingtons und dessen überlegene militärische Fähigkeiten.

Die Europäische Union braucht daher eine ureigene, an den eigenen Stärken und Fähigkeiten orientierte Sicherheitsstrategie. Ein Anfang mag mit Solana's Sicherheitsstrategie gemacht sein. Weitere Schritte müssen dringend folgen.

Sicherheitspolitik ist eine Gestaltungsaufgabe, d.h. auch ein immer neu zu gestaltender Prozeß. Europa wird dabei nicht umhin kommen, seine eigenen Interessen zu definieren - als europäische Interessen und nicht als den kleinsten gemeinsamen Nenner der Interessen der europäischen Nationalstaaten. Es wird nicht umhin kommen, seine Interessen in Relation zu den schon vorhandenen und für die Zukunft wünschenswerten sicherheitspolitischen Wirkinstrumenten zu setzen. Dabei darf Europa nicht in den Fehler verfallen, ausschließlich die Ansätze Washingtons zu kopieren. Es muß vielmehr asymmetrisch auf den jeweils vorhanden Fähigkeiten und Stärken Europas aufsetzen. Nur so kann es Washington ein (ge)wichtiger Partner sein. In jedem anderen Fall würde Europa schlicht Standbein und Spielbein verwechseln oder glauben, daß europäische Fußballer auch beim amerikanischen Football eine gute Figur machen könnten.

Folgende Aspekte könnten deshalb im Blick auf die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheitsstrategie hilfreich sein:

- Die Strategie weist darauf hin, daß Sicherheit die Voraussetzung für Entwicklung sei. Das ist nur die halbe Wahrheit. Entwicklung ist auch eine Voraussetzung für Sicherheit. Daraus ergibt sich: Bislang sind Bedeutung und Rolle der ökonomischen Aspekte unterbelichtet. Dies gilt sowohl für die Analyse von Krisenursachen als auch für die Ausgestaltung und den Einsatz des sicherheitspolitischen Wirkinstrumentariums. Hier sind Ergänzungen nötig.
- Die EU-Sicherheitsstrategie plädiert für ein frühzeitiges, proaktives, präventives Krisenmanagement mit Vorrang der nichtmilitärischen Mittel. Dessen Charakter und die damit verbundene Bereitschaft, potentielle Krisen frühzeitig und rechtzeitig zu identifizieren, damit nichtmilitärische Krisenmanagementkapazitäten ihre Wirksamkeit entfalten können, sollte stärker herausgearbeitet werden. Eine solche Politik impliziert die Bereitschaft zum politischen *Agenda-Setting*.
- Die Strategie macht die Bedeutung und die Rolle nicht-traditioneller, nicht-staatlicher Akteure im Blick auf die sicherheitspolitischen Risiken der Zukunft deutlich. Sie weist aber keinen hinlänglichen Ansatz auf, wie das Verhalten dieser Akteure wirksam und mit den Mitteln (zwischen)staatlicher Politik beeinflußt werden könnte. Einen solchen Ansatz, der über die Forderung nach (zumeist repressiver) Einschränkung der Handlungsfreiheit der nichtstaatlichen Akteure hinausgeht, gilt es zu entwickeln. So müssen z.B. traditionelle Handlungsfelder zwischenstaatlicher Politik wie Proliferationsverhinderung, Export- und Rüstungskontrolle neu ausgerichtet und neue, geeignete Instrumente entwickelt werden.

- Eine Sicherheitspolitik aus einem Guß, die die Vorrangigkeit nichtmilitärischer Instrumente anerkennt, muß auch von entsprechenden Ressourcen begleitet sein. Nicht nur das Mittel Militär will vorgehalten sein, sondern gerade auch die nichtmilitärischen Fähigkeiten des Krisenmanagements. Die EU erkennt dies an, indem sie zivile Krisenmanagementkapazitäten aufbaut. Dies bedingt aber zugleich eine Neugewichtung und Neuaufteilung der Ressourcen. Das muß erst noch erfolgen.
- Eine Neugewichtung der Ressourcenverteilung zwischen den zivilen und militärischen Mitteln des Krisenmanagements impliziert, was auch die Haushaltsrealitäten und die haushälterischen Prioritäten in einer sich erweiternden EU diktieren: Für das Mittel Militär wird künftig eher weniger denn mehr Geld zur Verfügung stehen. Das zwingt zur Nutzung von Einspar- und Rationalisierungspotentialen durch eine zunehmende, angesichts der Charakteristika der Risiken der Zukunft auch sicherheitspolitisch sinnvolle Integration der Streitkräfte in Europa. Streitkräftereformen sollten, wo immer möglich, darauf ausgerichtet werden, diese Entwicklung zu antizipieren. Sie sollten also europäisch ausgerichtet werden.
- Der Vorrang der Stärkung der Vergemeinschaftung vor der Stärkung intergouvernementaler Zusammenarbeit muß, wo immer möglich, politisch herausgearbeitet und praktiziert werden. Eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann Europa nur entwickeln, wenn der Weg und die Mittel auf das Ziel ausgerichtet bleiben. Zielwidrige Mittel sollten sich von selbst verbieten.

Autor: Dr. Otfried Nassauer,

Leiter des Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS).

Ernst Woit

Programmiert für neue Kolonialkriege

Vor einem Jahr erlebten wir, wie die deutsche Regierung - zusammen mit denen Frankreichs und Rußlands - die Legalisierung des Angriffskrieges der USA und Großbritanniens auf den Irak im UN-Sicherheitsrat verhinderten. Das war eine historisch durchaus bedeutsame Entscheidung. Und zwar nicht nur, weil sie Gerhard Schröder die Wiederwahl zum Bundeskanzler brachte. Diese Entscheidung war ohne Zweifel Ausdruck eines tiefen Interessensunterschiedes zwischen den USA und Großbritannien einerseits und Deutschland, Frankreich sowie Rußland andererseits in bezug auf die Mittel und Wege zur Entwaffnung und neokolonialen Beherrschung des Irak. Denn hinsichtlich dieses Zieles gab es auch zwischen der deutschen Bundesregierung und der USA-Regierung keinen Dissens, wie Bundeskanzler Schröder vor dem Bundestag ausdrücklich betont hat.¹ Mehr noch. Im Unterschied z.B. zur Türkei, die einen Angriff von US-Truppen auf den Irak von ihrem Territorium aus nicht zuließ, gestattete die deutsche Bundesregierung den USA die uneingeschränkte Nutzung des Luftraumes und des Territoriums der BRD zur logistischen Sicherstellung ihres Angriffskrieges. Das spricht zumindest dagegen, die Ablehnung des Irak-Krieges im UN-Sicherheitsrat durch die BRD-Regierung so zu werten, als sei sie prinzipiell gegen derartige *Angriffskriege* zur *imperialistischen Neuordnung der Welt* und eine Teilnahme Deutschlands an ihnen.

Vor genau einem Monat, am 13.02.2004, hat Bundesverteidigungsminister Struck ein Programm zur *Weiterentwicklung* der Bundeswehr verkündet, das diesbezüglich an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. In der Wochenzeitung Das Parlament wird das als die „größte konzeptionelle Umorientierung der Bundeswehr seit dem NATO-Beitritt“ der BRD bezeichnet.²

Bisher hat die Bundeswehr etwa 8.000 Soldaten im Ausland stationiert und ist damit an der Grenze ihrer Möglichkeiten angelangt. Hauptziel dieser Reform ist es nun, die Bundeswehr so umzustrukturieren, daß sie bei einer Gesamtstärke von nur noch 250.000 Soldaten über mindestens 100.000 Soldaten verfügt, die jederzeit zu weltweiten militärischen Interventionen eingesetzt werden können. Diese sollen künftig unter Führung des Einsatzführungsstabes

¹ Siehe Wir können den Irak entwaffnen ohne Krieg, Regierungserklärung Bundeskanzler Schröders vom 13.02.2003, in: Das Parlament vom 17.02.2003, S. 17.

² Siehe R. Clement, Die Landesverteidigung bleibt zwar eine Aufgabe - aber zum möglichen Einsatzgebiet wird die ganze Welt, in: Das Parlament vom 02.09.2004, S. 3.

der Bundeswehr in Potsdam von vornherein für weltweite Militäreinsätze als geschlossene Einheiten und Verbände formiert und ausgebildet werden, so daß sie nicht mehr - wie bisher - erst im Einsatzfall aus verschiedenen Truppenteilen zusammengestellt werden müssen. Damit hören Heer, Luftwaffe und Marine auf, wesentliches Strukturmerkmal der Bundeswehr zu sein.³

Ziel dieser Reform ist, wie Minister Struck erklärte, daß die Bundeswehr schnell genug verfügbar und stark genug wird, um weltweit Kampfeinsätze zusammen mit den Verbündeten durchführen zu können. Das kommentierte das US-amerikanische Nachrichtenmagazin *Time* in einem geradezu euphorischen Artikel so: „Diese Worte hätten leicht auch vom U.S.-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld stammen können, denn die deutsche Strategie übernimmt damit faktisch die US-Pläne für leichtere und schnellere Streitkräfte.“⁴

Damit soll die Bundeswehr fähig werden, die ihr bereits in den *Verteidigungspolitischen Richtlinien* vom 21.05.2003 offiziell gestellten Aufgaben zu erfüllen. Diese aber entspringen „dem weiten Verständnis von Verteidigung, das sich in den letzten Jahren herausgebildet hat“ (Ziff. 4). „Dementsprechend läßt sich Verteidigung geographisch nicht mehr eingrenzen“ (Ziff. 5). Daraus folgt: „Künftige Einsätze lassen sich wegen des umfassenden Ansatzes zeitgemäßer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihrer Erfordernisse weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geographisch eingrenzen. Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art eines Einsatzes“ (Ziff. 57).

Also versuchen wir die Frage zu beantworten, welcher *politische Zweck* weltweite Einsätze der Bundeswehr und ihrer Verbündeten angeblich so notwendig macht. Daß die neuerdings immer wieder beschworenen *asymmetrischen Bedrohungen* oder der *Terrorismus* kaum mehr als Propaganda-Floskeln sind und es in Wirklichkeit um Kriege für eine imperialistische *Neuordnung* der Welt und einen dazu gehörenden neuen Kolonialismus⁵ geht, wird selbst an den ständig offeneren Äußerungen der politischen Machthaber und ihrer Medien deutlich. Hinzu kommt, daß es nach dem Ende der globalen Bipolarität für die bisher siegreiche Supermacht und deren Verbündete objektiv leichter und ungefährlicher geworden ist, Krieg zu führen. Offen und zynisch erklärte der CDU-Politiker W. Schäuble im Februar 2002: „Die Möglichkeiten, mit militärischen

³ Siehe ebenda.

⁴ Ch. M. Wallace, Leaner, Meaner, Cheaper, in: *Time*, New York, vom 26.01.2004.

⁵ Siehe auch: E. Voit, Kolonialkriege für eine *Neue Weltordnung*, in: *Pax Americana* oder gerechter Frieden, DSS-Arbeitspapiere, Heft 64, Dresden 2003.

Mitteln politische Ziele zu erreichen, bergen sehr viel begrenztere Risiken als vor zehn Jahren.“⁶

Am gleichen Tag, als die USA den völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak begannen, hieß es in einem redaktionellen Kommentar der Frankfurter Allgemeinen Zeitung durchaus zustimmend: „Der Irak soll als Feind verschwinden, indem die Amerikaner ihn mit imperialen Mitteln neu gründen. Die Verwerfungen der postkolonialen Zeit werden durch einen neuen demokratischen Kolonialismus zugeschüttet.“⁷ Wenige Tage nach dem offiziellen Ende des Irak-Krieges schrieb eine einflußreiche Hamburger Wochenzeitung angesichts der unterschiedlichen Positionen innerhalb der NATO zu diesem Krieg: „Das amerikanisch-europäische Zerwürfnis im Irak-Konflikt hat eines überdeckt: Bei dem neuen globalen Interventionismus geht es um ein gemeinsames westliches Projekt. Auch der Streit um die Legitimierung militärischer Gewalt durch die Vereinten Nationen und das Völkerrecht stellt diese Gemeinsamkeit nicht in Frage. ... Längst dienen militärische Interventionen der Selbstbehauptung westlicher Demokratien - als Instrument ihrer Weltinnenpolitik. Diese läuft auf einen ‚demokratischen Neokolonialismus‘ hinaus.“⁸

Wenn weltweite militärische Interventionen mit einer Strategie begründet werden, deren politischer Zweck mit Formulierungen wie *Verwerfungen der postkolonialen Zeit*, *neuer demokratischer Kolonialismus* und *demokratischer Neokolonialismus* benannt wird, ist es notwendig, sich genau mit diesen Begriffen auseinanderzusetzen. Daraus folgt zunächst rein logisch, daß die weltweiten Einsätze, für die die Bundeswehr jetzt zielstrebig vorbereitet werden soll, ihrem Wesen nach *imperialistische Kolonialkriege* sind. Um was es in ihnen letztlich wirklich geht, hat kein geringerer als Kurt Biedenkopf in seinem politischen Tagebuch 1998 - 1990 sehr präzise so formuliert: „Zunehmend habe ich den Eindruck, daß unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung im Zenit ihrer Entwicklung angelangt ist. Im Grunde hat sie damit keine Zukunftsperspektive mehr. ... Die Art, wie wir leben, ist nicht verallgemeinerungsfähig. Wir können unsere Ansprüche an die Erde und ihre Ressourcen nicht auf die große Mehrheit der Menschheit übertragen. China und Indien mit der gleichen PKW-Dichte und dem gleichen Verbrauch von Energie wie in einer hochentwickelten Zivilisation wären undenkbar. Das heißt aber, daß die Fortführung unserer eigenen Lebensweise nur möglich ist, wenn sie auch in Zukunft einer privilegierten Minderheit, den hochentwickelten Industrienationen, vor-

⁶ Die Zeit vom 28.02.2002, S. 5.

⁷ Der Krieg, der bleibt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.03.2003.

⁸ R. Herzinger, Wo Demokraten schießen, in: Die Zeit vom 12.06.2003, S. 8.

behalten bleibt.“⁹ Mit anderen Worten: Es geht darum, auch für die Zukunft mit allen Mitteln durchzusetzen, daß 20 Prozent der Menschheit 80 Prozent der Ressourcen verbrauchen können und 80 Prozent der Menschheit weiterhin nur den *Rest*. Nichts anderes meint auch der EU-Chefdiplomat J. Solana, wenn er die *globale Verantwortung* der EU so definiert: „Wir sind die größte Handelsmacht der Welt und der größte Geldgeber bei der Entwicklungshilfe. Also sind wir längst eine globale Macht. Bloß waren wir bisher noch kein militärischer Akteur. Der aber müssen wir werden, wenn wir unsere Werte verteidigen wollen.“¹⁰

Ideologisch wird die deutsche Bundeswehr spätestens seit Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts darauf eingestimmt, Akteur in diesen neuen Kolonialkriegen zu sein. So erklärte der damalige Generalinspekteur K. Naumann am 24.10.1995 über den Prototyp des neuen Bundeswehrsoldaten: „Es ist ein Soldat, der auch fern der Heimat versucht, Krisen von seinem Land fernzuhalten, das während seines Einsatzes weiter in Frieden lebt. Eine neue Dimension für deutsche Soldaten, die ähnliches in diesem Jahrhundert bislang nur zweimal vor 1945 und nun allerdings schon drei Jahre lang seit 1992 erlebten. Die neue Rolle stellt neue Anforderungen an militärische Führer, aber auch an unsere Gesellschaft.“¹¹ Mit den zwei Beispielen von vor 1945 sind die deutsche Beteiligung an der Niederschlagung des Boxeraufstandes in China 1900 und der Ausrottungskrieg gegen die Hereros im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika 1904 gemeint.

1996 veröffentlichte die vom Bundesministerium der Verteidigung herausgegebene Zeitschrift *Truppenpraxis* einen längeren Grundsatzartikel über das *Wesen künftiger Konflikte*, in dem es mit kaum noch zu übertreffender Deutlichkeit heißt: „Die großen Kriege des 20. Jahrhunderts fanden zwischen wohlhabenden Staaten statt. Im nächsten Jahrhundert werden die jetzt in Frieden miteinander lebenden wohlhabenden Staaten gegen die Völker der armen Staaten und Regionen ihren Wohlstand verteidigen müssen.“¹²

Wir haben es also mit einem Konzept der Kriegführung zu tun, das die regierenden Politiker und ihre Militärs schon länger verfolgen und dessen praktische Umsetzung nun forciert wird. Daß es höchste Zeit ist, dagegen alle Friedenskräfte mobil zu machen, wird auch daran deutlich, daß die Protagonisten

⁹ K. Biedenkopf, 1998 - 1990. Ein deutsches Tagebuch, Berlin 2000, S. 224.

¹⁰ Die Zeit vom 12.06.2003, S. 8.

¹¹ Nach Utopie kreativ, Berlin, H. 75, Januar 1997, S. 12.

¹² R. Herden, Die neuen Herausforderungen (I), in: *Truppenpraxis/Wehrausbildung*, Heft 02/1996, S. 70.

dieses Kriegskurses inzwischen offen dazu übergehen, Friedensliebe als angeblich weltfremd zu diskreditieren. In Dresden gibt es z. B. eine Wochenzeitung, die kostenlos an alle Dresdner Haushalte verteilt wird. In der publiziert der ehemalige Chefredakteur der Sächsischen Zeitung W. Schütze regelmäßig eine Kolumne unter dem Titel *Schützes Ostwind*. Darin sonderte dieser Journalist am 07.01. diesen Jahres unter dem Titel *Wunschliste der Ostdeutschen* folgende Auslassungen zur Friedensliebe der Ostdeutschen ab: „Gut erzogen, diese Ostdeutschen. Sich vor allem Frieden zu wünschen, ist schon mal politisch korrekt und entspringt der sozialen Erwartung, der Taktik oder dem Glauben, daß man sich gefälligst was Edles zu wünschen hat, wenn man schon so gefragt wird. Auch so ist erklärbar, daß sich selbst bei repräsentativen Umfragen kaum eine Mehrheit für Krieg ausspricht. So was Böses tut man eben nicht, basta. Der pauschale Friedens-Wunsch korrespondiert in gewisser Weise mit dem großen Reibach im Lotto. Die Chance, in einer von Konflikten und Krisen zerrissenen Welt Frieden zu haben, ist etwa so groß wie die Wahrscheinlichkeit eines Sechlers mit Superzahl.“¹³

Verstärken wir unsere Anstrengungen zur Enthüllung dieses Kriegskurses, um ihn zu stoppen, ehe es zu spät ist. Aktueller denn je ist, was B. Brecht 1952 schrieb: „Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

Autor: Prof. Dr. Dr. Ernst Voit,

Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.

¹³ WochenKurier, Dresden, vom 07.01.2004.

Lothar Glaß

Immanuel Kants philosophischer Entwurf *Zum ewigen Frieden* und die Gegenwart

Wenn wir hier die Machtpolitik der Industriestaaten einer kritischen Wertung unterziehen und dazu friedenspolitische Positionen außerparlamentarischer Opposition bestimmen, ist es sachdienlich, auf das humanistische geistige Erbe des *alten Europa* zurückzugreifen. Ich möchte deshalb daran erinnern, daß sich am 12.02. der Todestag eines hervorragenden deutschen Philosophen - Immanuel Kant - zum 200. Mal jährte. Außenminister J. Fischer hat in Kaliningrad am Grabe Kants ein Blumengebinde niedergelegt und geäußert, daß das Kantsche Verständnis von Recht, Moral und Frieden nichts von seiner Aktualität eingebüßt habe. Nun bleibt uns in der Friedensbewegung zu hoffen und zu fordern, daß die Ablehnung des Angriffskrieges gegen den Irak, die seitens der deutschen Regierung von Anfang an schon nicht wirklich konsequent war, in den Wiederaufbaubemühungen nicht weiter aufgeweicht und abgeschwächt wird.

Kant veröffentlichte 1795 einen philosophischen Entwurf *Zum ewigen Frieden*. Diese Schrift enthält Ideen, die für die Gestaltung einer globalen Friedensordnung in der Gegenwart von substantieller Bedeutung sind. Ich will hier nur wenige herausgreifen, an die zu erinnern mir besonders geboten erscheint.

So schreibt Kant in den Präliminärartikeln, in denen er Bedingungen für einen dauerhaften Frieden benennt, unter 5.: „Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staats gewaltthätig einmischen.“¹ Und er fragt: „Denn was kann ihn dazu berechtigen? Etwa das Skandal, was er den Unterthanen eines anderen Staats giebt?“² Allein schon das böse Beispiel könne nur zur Warnung dienen. Er argumentiert weiter: „So lange aber dieser innere Streit noch nicht entschieden ist, würde diese Einmischung äußerer Mächte Verletzung der Rechte eines nur mit seiner inneren Krankheit ringenden, von

¹ I. Kant, *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*. Text der Ausgabe A (1795) unter Berücksichtigung des Manuskriptes der Ausgaben Aa (1795) und B (1796). Hg. K. Kehrback, Verlag von Philipp Reclam jun., Leipzig, o. J., S. 8.

Die Zitate werden in der Orthographie der Vorlage wiedergegeben.

² Ebenda.

keinem anderen abhängigen Volks, selbst also ein gegebenes Skandal sein, und die Autonomie aller Staaten unsicher machen.“³

Ebendeshalb halte ich für die schlimmste Folge der sogenannten *humanistischen Interventionen*, daß dadurch alle Staaten mehr oder weniger in ihrer Existenz verunsichert werden, weil das völkerrechtliche Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten in seiner Gültigkeit ausgehöhlt wird. Diese Verunsicherung wirkt als ein Stimulus für die Aufrüstung, insbesondere für den Griff nach Massenvernichtungsmitteln, um jeden Angreifer vor ein unkalkulierbares Risiko zu stellen. So hat man zwar im Irak keine Massenvernichtungsmittel gefunden - es wäre ja auch besser, würde man sie in den Ländern suchen und abrüsten, die im Übermaß über solche verfügen - also, man hat keine gefunden, aber man hat ganz gewiß der Rüstung mit solchen Waffen in einer ganzen Reihe sogenannter Schwellenländer einen starken Impuls gegeben.

Kant hat in seinem *Entwurf zum ewigen Frieden* auf die Gefahr eines Ausrottungskrieges hingewiesen. Er schrieb, „... daß ein Ausrottungskrieg, wo die Vertilgung beide Theile zugleich, und mit dieser auch alles Rechts treffen kann, den ewigen Frieden nur auf dem großen Kirchhofe der Menschengattung statt finden lassen würde. Ein solcher Krieg also, mithin auch der Gebrauch der Mittel, die dahin führen, muß schlechterdings unerlaubt sein.“⁴

In unserer Zeit ist durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung und die Hochrüstung die totale Vernichtung der menschlichen Gattung möglich geworden, und sie ist immer noch eine reale Gefahr, solange die Massenvernichtungsmittel nicht weltweit beseitigt sind. Die USA versuchen durch deren Weiterentwicklung, durch sogenannte Mininukes, die Kernwaffen militärisch anwendbar zu machen. Weder die USA, noch die Russische Föderation sowie die NATO haben einer Anwendung von Kernwaffen eine Absage erteilt; sie halten unter bestimmten Bedingungen sogar ihren Ersteinsatz für notwendig und vertretbar.

Der Kampf für eine Welt ohne Kernwaffen und andere Massenvernichtungsmittel bleibt deshalb unsere Hauptaufgabe in der Friedensbewegung. Den Weg zum *ewigen Frieden* sah Kant im Völkerrecht, das auf den Föderalismus der Staaten zu gründen sei, in der Herausbildung eines Völkerbundes. Er sieht in einem solchen Völkerbund zwar „... nur das *negative* Surrogat eines den Krieg abwehrenden, bestehenden, und sich immer ausbreitenden *Bundes*, den Strom der rechtscheuenden, feindseligen Neigung aufhalten, doch mit

³ Ebenda

⁴ Ebenda, S. 4.

beständiger Gefahr ihres Ausbruchs⁵, weil er die positive Idee einer Weltrepublik für nicht realisierbar hält.

Wenn wir in der Gegenwart diese Zeilen lesen, dann assoziieren wir sogleich unsere Erfahrungen mit der UNO. Sie ist zweifellos eine wichtige Errungenschaft der Völker auf dem Weg zu einem dauerhaften Weltfrieden. Wenngleich sie immer wieder von den Großmächten für ihre Interessen instrumentiert wird, so würde jedoch ihre Auflösung die Welt erheblich unsicherer machen. Den Friedensanhängern in aller Welt kann deshalb nur das Ringen um die weitere Demokratisierung der UNO von Nutzen sein. Das verlangt den Kampf gegen den Unilateralismus ebenso wie die Entlarvung der Komplizenschaft der Industrieländer bei der Ausbeutung der Rohstoffressourcen, der Beherrschung der Märkte und der Kontrolle der Verbindungswege. Die Hilfe für die zahlreichen Entwicklungsländer und die Stärkung ihres Einflusses in der internationalen Gemeinschaft könnte den Weltfrieden fördern.

Ich habe hier nur an zwei Gedanken aus Kants Schrift erinnern können. Sie enthält noch weit mehr Anregungen zum Nachdenken über die Bedingungen eines dauerhaften Friedens. Abschließend möchte ich Kants Realitätssinn unterstreichen, der ihm bei all seinen kühnen Gedanken über einen *ewigen Frieden* nicht abging. Er sah durchaus das Wirken des Despotismus und der Geldmacht, den wechselseitigen Eigennutz der Völker, aber auch die anwachsende Kultur der allmählichen Annäherung der Menschen und den Handelsgeist, „der mit dem Kriege nicht zusammenbestehen kann, und der früher oder später sich jedes Volks bemächtigt“⁶ Er spürte Tendenzen zum Wetteifer und zum Gleichgewicht auf, zu Vermittlungen und Bündnissen, und er folgert daraus: „Auf die Art garantiert die Natur, durch den Mechanismus in den menschlichen Neigungen selbst, den ewigen Frieden; freilich mit einer Sicherheit, die nicht hinreichend ist, die Zukunft desselben (theoretisch) zu weissagen, aber doch in praktischer Absicht zulangt, und es zur Pflicht macht, zu diesem (nicht bloß chimärischen) Zwecke hinzuarbeiten.“⁷ In dieser Pflicht, liebe Friedensfreunde, sehen wir uns und dazu greifen wir die humanistischen Ideen aus der Vergangenheit auf.

Autor: Doz. Dr. sc. Lothar Glaß,

Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.

⁵ Ebenda, S. 21.

⁶ Ebenda, S. 34.

⁷ Ebenda.

Horst Schneider

Durch Vernunft zum Frieden

Zum 200. Todestag Emmanuel Kants

Gestern, am 13.02.2004, titelte die Sächsische Zeitung über Fischers Besuch in Kaliningrad: *Mit ‚seinem‘ Kant im Gepäck*. Zwar ist der Mißbrauch des Gedenkens an Kant unübersehbar, aber welchen Kant hatte denn Fischer im Gepäck? Und wie vereinbart sich Fischers Außenpolitik mit den Ideen Kants?

Hier soll an Gedanken und Pläne Kants erinnert werden, die höchst aktuell sind und bei Fischers Auftritt keine Rolle spielten. Es handelt sich um das Traktat *Zum ewigen Frieden* (1795), das sich aus Kants kategorischem Imperativ logisch ergibt: Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne. Die Idee vom *ewigen Frieden* war für Kant keine unerreichbare Utopie, sondern das Ergebnis vernünftigen, ethischen und gesetzlichen Handelns. Er wandte den Grundsatz der Aufklärung, wonach jeder Bürger sich seines Verstandes bedienen und sich aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit befreien solle, auf die internationalen Beziehungen der Staaten an. Bei Kant ist zu lernen, daß es in der Frage Krieg - Frieden keine Alternative zur Vernunft gibt.

Seine Botschaft lautet, auf eine Kurzformel gebracht: Durch Vernunft zum Frieden. Seine Botschaft steht in unversöhnlichem Widerspruch zur Unvernunft und Unmoral der Politik der Herrschenden. Kant konnte noch nicht die sozialökonomischen Grundlagen von Kriegen erkennen. Er setzte auf die Verbesserungsfähigkeit des Menschengeschlechts. Und in seinem Essay *Zum ewigen Frieden* entwickelte er eine Art Plan, wie in einem langen historischen Prozeß mit Hilfe vernünftiger Gesetze und Verhaltensnormen der Krieg aus der Geschichte verbannt werden könne.

Prüfen wir seine Vorschläge und Argumente unter aktuellen Gesichtspunkten:

- „Es soll kein Friedensschluß für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege gemacht werde.“ Anderenfalls würde es sich um einen bloßen Waffenstillstand handeln, der künftige Feindseligkeiten nicht ausschließt und Vorwände für künftige Kriege liefert. Wie viele Beispiele für die Richtigkeit dieser Erkenntnis lieferten die Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts?
- „Es soll kein für sich bestehender Staat (klein oder groß, das gilt hier gleichviel) von einem anderen Staat durch Erbung, Tausch, Kauf oder

Schenkung erworben werden können.“ Das muß so sein, weil der Staat eine „Gesellschaft von Menschen“ ist, „über die niemand anders als er selbst zu gebieten und zu disponieren hat.“ Frieden verlangt also den Verzicht auf Intervention, Aggression und Okkupation - aus Gründen der Vernunft. Kant verurteilt auch „die Verdingung der Truppen eines Staates an einen anderen ..., denn die Untertanen werden dabei als nach Belieben zu handhabende Sachen gebraucht und verbraucht.“ Wird nun aus *Juchhe, nach Amerika!* (F. Schiller, Kabale und Liebe) die Losung *Weltweit (zunächst am Hindukusch) vorwärts für die Interessen der USA-Administration?* Worin bestünden *deutsche Interessen?*

- „Stehende Heere (*miles perpetuus*) sollen mit der Zeit ganz aufhören.“ Keiner von den Gründen, die Kant vortrug, hat sich erledigt. Heere bedrohen andere Staaten, provozieren zum Wettrüsten, verursachen schon im Frieden drückende Lasten und führen dazu, daß Menschen als Söldner Tötungswerkzeuge werden.
- „Es sollen keine Staatsschulden in Beziehung auf äußere Staatshändel gemacht werden.“ Kant, der die *Geldmacht* als das *sicherste Kriegswerkzeug* betrachtete, warnte vor einem *Kreditsystem*, das zur Verschuldung führt und schließlich *Industrie und Erwerb* zugrunde richtet. Der unvermeidliche Staatsbankrott füge auch anderen Staaten unverschuldet schweren Schaden zu. Muß diese Wahrheit Deutschen nach den ökonomischen und finanziellen Katastrophen, die Rüstung und Kriege zur Folge hatten, mit *neuen* Erfahrungen eingebleut werden?
- „Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines anderen Staats gewalttätig einmischen.“ Selbst *Skandale* in einem anderen Staat sind für Kant kein Grund zum Eingreifen, weil damit der *innere Streit* geschürt wird, die Intervention also selbst zum *Skandal* wird. Die aktuellen imperialistischen Interventionen (Jugoslawien, Afghanistan, Irak u.a.) dürften genügend Anschauungsmaterial für die Richtigkeit der Kantschen These liefern.
- „Es soll sich kein Staat im Kriege mit einem anderen solche Feindseligkeiten erlauben, welche das wechselseitige Zutrauen im künftigen Frieden unmöglich machen müßten als da sind, Anstellung eines Meuchelmörders (*percussores*), Giftmischers (*venefici*), Brechung der Kapitulation, Anstiftung des Verrats (*perduellio*) in dem bekriegten Staat etc.“ Für Kant gilt, daß zwischen Staaten kein *Bestrafungskrieg* (*bellum punitivum*) gerechtfertigt ist, weil es zwischen Staaten kein Verhältnis von Oben und Unten geben kann. Die Folge von *Bestrafungskriegen* könne nur sein, daß der *ewige Frieden* auf dem großen Kirchhofe der Menschengattung stattfinden würde. Wie buchstäblich diese Warnung angesichts der heutigen Waffensysteme Wirklichkeit werden könnte, hat Kant sicherlich nicht geahnt.

Kant schloß seine Betrachtung *Zum ewigen Frieden* mit dem Appell an alle Menschen, die von ihm dargestellten Prinzipien als Aufgabe zu betrachten, „die nach und nach aufgelöst, ihrem Ziele (weil die Zeiten, in denen Fortschritte geschehen, hoffentlich immer kürzer werden) beständig nähert.“

Mit Marx' *Inauguraladresse*, mit Bertha von Suttners *Die Waffen nieder!*, mit dem Kampf der Liebknecht und Luxemburg wurden Kants Ideen weitergetragen. Mit dem Leninschen Dekret über den Frieden, dem ersten der Sowjetmacht, sollte das Denken Kants Staatspolitik werden, mit der UNO- Charta und vielen Konventionen wurde es das Grundgerüst des Völkerrechtes.

Aber 200 Jahre nach Kants Tod herrschen immer noch jene Kräfte, die nicht den Prinzipien der Vernunft, des Rechts und der Moral folgen, sondern das Faustrecht praktizieren, weil das dem Klassenwesen des Imperialismus entspricht. Wenn die Bush und Schröder als Sachwalter der Bourgeoisie auf die Prinzipien und Pläne Kants verzichten, muß das Gedankengut der Aufklärung, vor allem Kants über Wege zum *ewigen Frieden*, von den Kriegsgegnern genutzt werden.

Autor: Prof. Dr. sc. Horst Schneider,

Dresden.

Wolfgang Scheler

USA - Europa und der Krieg¹

Gemeinsamkeiten und Differenzen

In der Einladung zum diesjährigen Friedenssymposium haben die Veranstalter eine Frage thematisiert, die sich für die Friedensbewegung im Widerstand gegen den Irak-Krieg der USA gestellt hat und die sicher auch für die künftige Friedensstrategie von Belang sein wird. Diese Frage erhielt vor allem deswegen eine besondere Brisanz, weil sich zum ersten Mal die Friedensbewegung in der Bundesrepublik in der merkwürdigen Situation befand, gegen einen Krieg der westlichen Führungsmacht aufzustehen, den auch die eigene Regierung ablehnte. Das brachte die bislang klaren Fronten im Widerstand gegen Kriegspolitik durcheinander. Hieß es nun, gemeinsam mit der Regierung gegen die Kriegspolitik der USA anzutreten, oder sollte man die Verweigerungshaltung der Regierung gering schätzen und eher anprangern, daß die Bundesrepublik Deutschland Kriegshandlungen von ihrem Territorium aus ermöglichen? Letztlich geht es um die Frage, ob die Aufspaltung des westlichen Bündnisses in eine *Koalition der Willigen* und in eine Koalition der Unwilligen bei diesem konkreten Krieg prinzipiell eine Bedeutung für das Handeln der Friedensbewegung hat.

Ich will hier auf einen Aspekt eingehen, auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der USA und ihrer europäischen Partner im Umgang mit dem Krieg.

Längst hat der Westen seine politische Willenserklärung, daß Krieg kein Mittel der Politik mehr sein soll und mehr sein kann, zurückgenommen. Das wird einfach vergessen gemacht. An ihre Stelle ist wie selbstverständlich eine politische Willenserklärung gesetzt worden, die das genaue Gegenteil besagt: Krieg kann und muß, wenn triftige Gründe vorliegen, eben geführt werden. Und Gründe finden sich immer, vor allem Feinde, die teuflisch genug sind, um Krieg zu rechtfertigen. Im Umgang mit Krieg gibt es zwar nicht unwesentliche Unterschiede zwischen der verbliebenen Supermacht und den europäischen Mächten, aber sie betreffen dennoch nicht die Kernfrage, ob man den Krieg als Mittel der Politik gebrauchen will oder nicht.

Gebraucht wird er vor allem als Krieg zur Neuordnung der Welt, als Instrument imperialistischer Politik im Sinne neoliberaler Globalisierung. Ich halte es für eine falsche Vorstellung, die Globalisierung folge allein der Logik des

¹ Dieser Beitrag wurde schriftlich nachgereicht.

Marktes und würde die Politik entmachten. Nein, eine ganz bestimmte Politik dirigiert die ökonomische Globalisierung zum Nutzen der Gewinner und zum Schaden der Verlierer, und dazu gebrauchen die Regierungen, die als die Agenten des großen Kapitals diese Politik verfechten, militärische Gewalt und Krieg. Gerade aus diesem Grunde aber gibt es sowohl Gemeinsamkeiten als auch Differenzen im Gebrauch des Krieges zwischen der Supermacht und den ihr nicht gleichrangigen Partnern und Konkurrenten diesseits des Atlantik.

Die einzige Weltmacht und der Krieg

Auf Grund ihrer Stellung als einzige Weltmacht beanspruchen die Vereinigten Staaten, eine unipolare Welt zu führen und ohne Scham die Regeln festzulegen und zu erzwingen². Der Macht der Vereinigten Staaten politische Geltung verschaffen - das ist der Zweck, für den die USA, wie Z. Brzezinski es ausdrückt, einen „in technologischer Hinsicht beispiellosen Militärapparat, den einzigen mit einem weltweiten Aktionsradius“³ unterhalten. Nach dem Eingeständnis dieses bekannten amerikanischen Sicherheitspolitikers beruht „die *imperiale* Macht Amerikas in hohem Maße auf der überlegenen Organisation und auf der Fähigkeit, riesige wirtschaftliche und technologische Ressourcen umgehend für militärische Zwecke einzusetzen“⁴.

Nur die Vereinigten Staaten besitzen die Fähigkeit, im globalen Maßstab vom Krieg als Instrument der Außenpolitik rücksichtslos Gebrauch zu machen. „Militärische Macht, unbarmherziger Einsatz von Material zur Schonung der eigenen Soldaten, gepaart mit missionarischem Sendungsbewußtsein und der Überzeugung, es könnte für niemanden schlecht sein, was für Amerika gut ist, hat eine Machttrunkenheit wachsen lassen, die die Versuchung einschließt, sich gefahrlos über internationale Regeln hinwegsetzen zu können. ‚Wozu hat man die beste Armee der Welt, wenn man sie nicht benutzen darf, wird die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright zitiert.“⁵ So urteilte der nüchterne Analytiker E. Bahr, schon bevor die Bush-Administration das Weiße Haus erobert hatte, über das Verhältnis der einzigen Weltmacht zum Gebrauch des Krieges.

² Siehe Foreign Affairs. Zitiert in: Die Zeit vom 08.02.1991, S. 7.

³ Z. Brzezinski, Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt a.M. 1999, S. 43.

⁴ Ebenda, S. 26.

⁵ E. Bahr, Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik, München 2000, S. 165f.

Im Politikverständnis der USA gelten Kriege als ein ganz normales und verfügbares Mittel, um die eigenen außenpolitischen Interessen dort durchzusetzen, wo das mehr Erfolg verspricht als die Anwendung anderer politischer Mittel oder Geheimdienstunternehmen. Dafür spricht auch, daß George W. Bush mit der Botschaft in den Wahlkampf um die Präsidentschaft gehen konnte: „Unsere Armee ist dafür da, Kriege zu führen und zu gewinnen.“⁶ Demgegenüber sei Peacekeeping eine rein europäische Aufgabe.

Hier stoßen wir auch auf einen kulturellen Unterschied zwischen den USA und Europa in der Haltung zum Krieg. Ein europäischer Kandidat für das Amt eines Präsidenten oder Regierungschefs würde mit der Wahlkampfaußsage, unsere Armee ist dafür da, Kriege zu führen und zu gewinnen, wohl eher verlieren. Nicht so in den Vereinigten Staaten, wo die Bevölkerung mit Krieg nicht dieselben traumatischen Erfahrungen verbindet wie in Europa. Die Amerikaner kennen den Krieg eigentlich nur als Expeditionskrieg ihrer Soldaten irgendwo in der Welt, in einer ihnen fernen Welt. In ihrer großen Mehrheit glauben sie an die Vorstellung, diese Kriege seien im Interesse der nationalen Sicherheit und für die Werte der *freien Welt* notwendig und ehrenhaft. Nie ist der Krieg mit seinen Schrecken und seinem Elend zu ihnen gekommen.

Sein Wahlversprechen über den Kriegsauftrag der US-Army hat der Präsident mit Kriegen gegen zwei UN-Mitgliedstaaten inzwischen prompt eingelöst. Mehr noch, in der von ihm im September 2002 unterzeichneten neuen *Nationalen Sicherheitsstrategie* ist Krieg als Option festgeschrieben, um vorbeugend eine aufkommende Bedrohung für die Vereinigten Staaten abzuwenden. In ihr heißt es: „Die Vereinigten Staaten haben sich seit langem die Option präventiver Handlungen offen gehalten, um einer hinreichend großen Bedrohung der nationalen Sicherheit begegnen zu können. Je größer die Bedrohung, ... desto zwingender das Argument für antizipierende Aktionen zur Selbstverteidigung, selbst wenn Unsicherheit darüber besteht, wann und wo der Feind angreifen wird.“⁷ Die Option heißt also nichts anderes als Angriffskrieg.

Der Entschluß zum unprovokierten Krieg gegen den Irak hat bewiesen, daß in dieser neuen Strategie die *antizipierende Aktion zur Selbstverteidigung* nur der allzu durchsichtige Vorwand für den nackten Aggressionskrieg ist. Schließlich

⁶ Zitiert nach M. Günther, „Peacekeeping“ ist etwas für Europäer. Die außenpolitischen Vorstellungen der beiden Präsidentschaftskandidaten gehen vor allem bei Friedenseinsätzen der Armee auseinander, in: Sächsische Zeitung vom 27.10.2000.

⁷ Die Neue Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten, in: Friedenspolitischer Ratschlag, S. 8, <http://www.usinfo.state.gov/>.

war der Irak keine Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA, schon gar keine hinreichend große, und es gab keinen Grund für eine antizipierende Aktion zur Selbstverteidigung, weil nicht einmal eine Unsicherheit darüber bestand, wann und wo der Feind angreifen wird. Vielmehr bestand die Sicherheit, daß dieser Feind die Vereinigten Staaten überhaupt nicht angreifen kann.

In der neuen *Nationalen Sicherheitsstrategie* wie auch in ihrem praktischen außenpolitischen Handeln ignoriert die einzige Weltmacht einfach das Kriegsverbot der UN-Charta. „Die Vereinigten Staaten proklamieren als ihr Recht, jeden Krieg, auch vorsorglich, auch ohne Mandat der UN zu führen, gegen Terrorgruppen oder Staaten, die den Terror unterstützen und durch Entwicklung oder Besitz von Massenvernichtungsmitteln potentiell eine Bedrohung der Sicherheit Amerikas darstellen. ... Gegen wen die Prävention erfolgt, entscheidet also Amerika nach der Einschätzung, wann es seine Sicherheit bedroht fühlt.“ So bewertet E. Bahr den in der neuen *Nationalen Sicherheitsstrategie* festgeschriebenen Gebrauch des Krieges, und er urteilt: „Amerika stellt sich damit außerhalb der Charta der Vereinten Nationen, die es selbst 1945 mitbegründet hat.“⁸

Krieg wird als ein Mittel benutzt, um die US-amerikanische Omnipotenz vorzuführen und den Schwachen zu zeigen, daß Unbotmäßigkeit oder gar Widerstand zwecklos ist. Das geht aber nur im Kampf gegen militärisch Schwache. Bisher kämpfen die ganz Starken gegen die ganz Schwachen. Diese Schranke soll fallen. Eine neuartige Streitmacht soll geschaffen werden, die mit weltraumgestützter Technik Krieg aus der Distanz, unangreifbar für den Verteidiger, führen kann. Den *Falken* geht es dabei vor allem darum, Kriegführung ohne unannehmbares Risiko für die Vereinigten Staaten nicht mehr nur gegen militärisch schwache, sondern auch gegen militärisch starke Staaten zu ermöglichen. Offen wird in den Vereinigten Staaten die Vision verkündet: Wer den Weltraum kontrolliert, gewinnt den nächsten Krieg. Dafür träumen sie den Traum von der Unverwundbarkeit weiter und unternehmen alles, um ihn wahr zu machen.

Ich denke aber, wenn von der einzigen Weltmacht dieser Weg weiter beschritten wird, durch militärische Übermacht oder gar Unverwundbarkeit den anderen Staaten ihren Willen aufzuzwingen, so wird das keine Sicherheit bringen, auch nicht dem Übermächtigen.

⁸ E. Bahr, *Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal*, München 2003, S. 72 f.

Die europäischen Mächte und der Krieg

Obgleich Spießgesellen beim Aufrechterhalten der Vorherrschaft über die Welt und angewiesen auf die einzige Weltmacht als militärische Schutzmacht des internationalen Kapitals, haben die europäischen Mächte ein anderes Verhältnis zum Krieg. Für sie, die erstens nicht übermächtig sind wie die Führungsmacht und zweitens im Gebrauch des Krieges gebrannte Kinder und daher vorsichtiger sind, gilt Krieg nicht als ein ganz normales, ihrer Politik beliebig zur Verfügung stehendes Mittel. Für sie ist Krieg eher ein außergewöhnliches, nachrangiges und möglichst zu vermeidendes, aber dennoch unter Umständen notwendiges politisches Instrument. Vor allem besteht ihr Interesse darin, sich nicht der amerikanischen Entscheidung zum Krieg und der amerikanischen Kriegführung bedingungslos unterordnen zu müssen. Krieg dann nicht, wenn er nur im amerikanischen, aber nicht im eigenen Interesse liegt, darauf läuft die Kriegsverweigerungshaltung europäischer Bündnispartner letztlich hinaus.

In der Europäischen Sicherheitsstrategie, die Ende 2003 vom Europäischen Rat bestätigt worden ist, wird der frühzeitigen friedlichen Streitbeilegung Priorität gegeben, aber dennoch nicht auf *robustes* militärisches Eingreifen verzichtet. Militärische Gewaltanwendung wird als *Ultima Ratio* eingestuft und dafür soll eine *Schnelle Eingreiftruppe* der EU aufgebaut werden. Anders als die Amerikaner vermeiden die Mitglieder der Europäischen Union das Wort Krieg für ihre Militärinterventionen und ersetzen es durch Termini wie Kampfeinsatz, Gewaltanwendung, Friedenserzwingung oder Verteidigung. Unter Verteidigung verstehen sie indes nicht, Angriffe auf die Außengrenzen der EU abzuwehren, sondern meinen Militärinterventionen außerhalb der Union.

Auch die deutsche sicherheitspolitische Debatte ist inzwischen bei dem Ergebnis angelangt: Gewalt ist das letzte Mittel der Politik, die *Ultima Ratio* im Gebrauch der Mittel, die der Außenpolitik zur Verfügung stehen. Das ist im Deutschen Bundestag inzwischen zum fraktionsübergreifenden Konsens geworden. In den letzten Jahren habe der Bundestag, beginnend mit der Entscheidung, am Krieg gegen Milosevic teilzunehmen, deutsche Außen- und Sicherheitspolitik - so der Bundeskanzler - fundamental verändert. Ein neues Realitätsbewußtsein sei im Parlament eingekehrt, ein Bewußtsein dafür, daß Militärinterventionen nicht tabu sein dürfen. Nachdem bisher der Militäreinsatz auf Europa konzentriert war, gehe es um „Intervention auch außerhalb Europas. Das ist schon ein qualitativer Unterschied, aber einer, der sich aus

der gewandelten Rolle Deutschlands und den Erwartungen der Partner in der Welt ergibt.“⁹

Diese Politik selektiver Militärinterventionen wird als neue Form der Selbstverteidigung ausgegeben. Auch die *Verteidigungspolitischen Richtlinien*, die der Bundesministers der Verteidigung 2003 erlassen hat, etikettieren alle militärische Gewaltanwendung Deutschlands mit dem Begriff *Verteidigung*. Sie gehen ausdrücklich von einem „weiten Verständnis von Verteidigung“¹⁰ aus. „Verteidigung heute umfaßt allerdings mehr als die herkömmliche Verteidigung an den Landesgrenzen gegen einen konventionellen Angriff,“ heißt es unmißverständlich. „Dementsprechend läßt sich Verteidigung geografisch nicht mehr eingrenzen, sondern trägt zur Wahrung unserer Sicherheit bei, wo immer diese gefährdet ist.“¹¹

Mit dieser Finesse wird nicht nur versucht, den neuen Auftrag der Bundeswehr mittels Umdeutung des Verteidigungsbegriffs in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz zu bringen. Damit wird zugleich die Bindung von Bundeswehreinsetzungen an ein UN-Mandat relativiert, denn möglicherweise könnte die Benennung von Militärinterventionen als Akte der Verteidigung auch dazu benutzt werden, sich dabei auf das Recht zur Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UN-Charta zu berufen.

Von der Bundeswehr verlangen die Richtlinien die Fähigkeit, „Freiheit und Menschenrechte, Stabilität und Sicherheit notfalls auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen“.¹² Die Bundeswehr beteiligt sich „an friedenserhaltenden, stabilisierenden und friedens erzwingenden Operationen“.¹³ Mit ausreichend erhellender Deutlichkeit wird gesagt: „Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art eines Einsatzes. Die Notwendigkeit für die Teilnahme der Bundeswehr an multinationalen Operationen kann sich weltweit und mit geringem zeitlichen Vorlauf ergeben und das gesamte Einsatzspektrum bis hin zu Operationen mit hoher Intensität umfassen.“¹⁴ Der politische Zweck also bestimmt die Anwendung militärischer Gewalt, bis hin zu Operationen mit hoher Intensität, was nichts anderes bedeutet als Kriegführung.

⁹ G. Schröder, Eine neue Form der Selbstverteidigung, in: Die Zeit vom 18.10.2001, S. 3.

¹⁰ Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Berlin, 21.05.2003, Ziffer 4.

¹¹ Ebenda, Ziffer 5.

¹² Ebenda, Ziffer 37.

¹³ Ebenda, Ziffer 55.

¹⁴ Ebenda, Ziffer 57.

Ob allerdings die Politik mit der Wahl des Mittels Krieg richtig liegt, um ihren Zweck zu erreichen, steht auf einem anderen Blatt. Wie schon die Kriege im vergangenen Jahrhundert meist den von der Politik erstrebten Zweck gründlich verfehlten - die Angriffskriege, nicht ebenso die Kriege zur Verteidigung gegen den Angriff - , so sprechen die Erfahrungen mit den jüngsten Kriegen in vieler Hinsicht dafür, daß auch unter den neuen Voraussetzungen der gewollte Zweck und das erreichte Resultat des Krieges meist weit auseinanderfallen. Das könnte, wenn man Lernfähigkeit unterstellt, ein Grund für mehr Zurückhaltung im Gebrauch des Krieges als der massivsten Form der Anwendung militärischer Gewalt sein.

Für die Friedensbewegung, denke ich, kann es jedenfalls nicht gleichgültig sein, ob europäische Regierungen dem rücksichtslosen Gebrauch des Krieges für eine Weltordnung nach dem Gusto der einzigen Weltmacht Gefolgschaft leisten oder ob sie sich davon absetzen, wenn auch nur ein Stück weit. Krieg ist zu furchtbar und Frieden zu wertvoll, als daß dies keinen Unterschied machen würde. Es gibt gute Gründe dafür, nicht nur die Gemeinsamkeiten, sondern auch die Differenzen in der Haltung der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union zum Krieg ernsthaft zu bewerten. Sie für die eigene Strategie im Kampf gegen den Krieg nicht zu nutzen, wäre ein unpolitisches Verhalten. Wir sollten uns klar sein: Die Chancen, Kriege der Supermacht USA zu verhindern, sind um vieles geringer, als die Europäische Union oder europäische NATO-Mitglieder davon abzubringen, in den Krieg zu ziehen. Dafür sprechen die Divergenzen in der Interessenlage und die schon erörterten materiellen und mentalen Unterschiede.

Mir erscheint das um so bedeutungsvoller, wenn man bedenkt, daß die Kriege, die wir seit dem Entstehen einer neuen Weltordnung schon erleben mußten, sich möglicherweise als harmlos erweisen könnten im Vergleich zu jenen, die uns noch drohen. Wenn es ungebrochen so weiter geht, wird es neue Kriege geben - nicht nur wie momentan an der Peripherie, entfernt von den Metropolen des heutigen Wirtschaftslebens und Wohlstandes. Und es könnten dies auch Kriege anderer Art sein als die, die wir gegenwärtig erleben. Lassen wir uns nicht täuschen. Was die mächtigen Staaten permanent militärisch vorbereiten und in Planspielen oder Waffenerprobungen austesten, das wird reale Möglichkeit von Kriegen werden - und diese Möglichkeit kann sich in Wirklichkeit verwandeln.

Vergessen wir auch nicht, daß wir im Atomzeitalter leben und infolgedessen in seinen Kategorien denken und handeln müssen. Das Atomwaffenarsenal besteht in der Qualität von Overkillkapazität weiter. Die riesigen Aufwendungen für die strategischen Kernwaffenkräfte in den USA, Rußland und anderen Großmächten lassen sich mit der Befähigung zu den gegenwärtig geführten

Weltordnungskriegen kleinen Maßstabes an der Peripherie überhaupt nicht erklären. Sie sind eindeutig der globalstrategischen Machtkonkurrenz geschuldet.¹⁵

Umkehr auf diesem verhängnisvollen Weg ist noch möglich. Aber das erfordert vor allem einen erneuten Aufstand des Gewissens gegen die Zumutung des Krieges. Krieg wird sein, wenn nicht - als Voraussetzung für eine neue Sicherheitspolitik - ein Bewußtseinswandel in der Bevölkerungsmehrheit der militärisch potenten Staaten herbeigeführt werden kann, ein Bewußtsein, das den Krieg als Mittel der Politik delegitimiert. Krieg ist ein Verbrechen - das muß Platz greifen im Denken und Fühlen der Menschen. Er ist ein Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit. Und die Kriege zur Neuordnung der Welt sind ein Kapitalverbrechen - in der doppelten Bedeutung dieses Wortes.

Autor: Prof. Dr. Wolfgang Scheler,

Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.

¹⁵Siehe E. Bahr, Deutsche Interessen, a.a.O., S. 57.

Georg Grasnick

Zum Verhältnis der Machtzentren USA - EU¹

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Vertrages hat für das Macht- und Profitstreben des Imperialismus eine grundlegend veränderte Weltsituation mit sich gebracht. Die *Befreiung* vom sozialistischen Gegenspieler, und damit von der Systemauseinandersetzung, ermöglichte den Transnationalen Konzernen (TNK), dem Finanzkapital und dem Militär-Industrie-Komplex der USA, die so lange ersehnte *Neue Weltordnung* auf die Tagesordnung zu setzen. Das deutsche Kapital, das nach dem Anschluß der DDR seine Großmachtambitionen verdeutlichte, sprach in einer Grundsatzerklärung der Bundesregierung von einer *besonderen neuen Verantwortung Deutschlands*. Von einer *Leitfunktion der Bundesrepublik in Europa* war die Rede. Es müsse jedoch *jedes Gerede von einer Militarisierung deutscher Außenpolitik* zurückgewiesen werden, hieß es da noch bei Kohl. Nur wenige Jahre später korrigiert Schröder, indem er die *Enttabuisierung des Militärischen* proklamiert.

Und so bringen die nunmehr einzige Supermacht USA und die Großmächte Deutschland und Frankreich die neoliberale Globalisierung so richtig in Schwung. Der militärische Faktor gehört als notfalls letztes Mittel zur Durchsetzung einer brutal betriebenen Handelsliberalisierung, vor allem gegenüber den Ländern der *Dritten Welt*, um den Zugang zu Absatzgebieten und Ressourcen zu erweitern sowie ein enormes Billiglohnreservoir zu erschließen. Die Ausnutzung dieses Potentials macht in den entwickelten kapitalistischen Ländern ganze Produktionszweige überflüssig und damit Millionen und aber Millionen Arbeitskräfte. Die Instrumentalisierung der Massenarbeitslosigkeit erleichtert die Deregulierung des Arbeitsmarktes, den Abbau der Reallöhne und der sozialen Sicherungssysteme.

Der nach der *Befreiung* des Imperialismus vom sozialistischen Widerpart betriebene Kurs schließt ein, unter Einsatz des IWF, der WTO und der Weltbank Staaten und Regierungen mit finanzpolitischen und ökonomischen Hebeln für die imperialen Interessen der USA und der anderen kapitalistischen Großmächte gefügig zu machen. Im Falle von Widerstand wird mit militärischer Gewalt *nachgeholfen*. Die Zerschlagung Jugoslawiens erwies sich als Präzedenzfall. Inzwischen wird mit der Dauerkampagne des *Kampfes gegen den Terrorismus* die Disziplinierung und Unterwerfung von Ländern und Regionen praktiziert.

¹ Der Beitrag wurde schriftlich nachgereicht.

Die USA sind in dieser Hinsicht federführend. Die EU, dieses andere Machtzentrum der Konzerne und Großbanken, des Finanzkapitals und der TNK, will und kann da im mörderischen Konkurrenzkampf nicht nachstehen. Insofern ist auch für die EU das Umschwenken von einer auf Sicherheit orientierten Rüstungskontrolle zwischen den Staaten zu verstärkter Aufrüstung und zum Umbau der Streitkräfte zum Zwecke ihrer militärischen Interventionsfähigkeit charakteristisch.

In der Zielsetzung, mit der *Neuen Weltordnung* das kapitalistische System abzusichern, die Ausplünderung der Natur- und Arbeitskräfteressourcen der Entwicklungsländer und damit Profitmaximierung zu gewährleisten, sind sich USA und EU einig.

Widersprüchliches und Gemeinsames

Die Widersprüche zwischen den beiden Machtzentren werden durch den Unilateralismus der USA genährt, mit dem Anspruch, den *anderen Völkern den richtigen Weg* zu weisen, also die Führungsrolle in der Welt auszuüben. Der einzigen Supermacht geht es darum, *eine unipolare Welt zu führen und ohne Scham die Regeln der Weltordnung festzulegen und durchzusetzen*, wie US-Politikberater Krauthammer vor Jahren zum Besten gab.

Der völkerrechtswidrige US-Krieg gegen den Irak hat nun sowohl Widersprüchliches als auch Gemeinsames zwischen den beiden Machtzentren offenbart. In den Kriegen gegen Jugoslawien und Afghanistan schienen den EU-Konzernen und -Großbanken ihre Interessen gewahrt. Mit der Okkupation des Irak kollidieren die ökonomischen und geostrategischen Ziele der USA zu offensichtlich mit denen der EU.

Der US-Zugriff auf das irakische Erdöl soll langfristig die Voraussetzungen schaffen, die OPEC zu liquidieren, den Weltölmarkt zu dominieren, um die Zuteilung des schwarzen Goldes an andere beliebig regeln und auf diese Weise Konkurrenten wie China, aber auch die EU (sie bezieht ein Drittel ihres Bedarfs aus dieser Region) unter Druck zu setzen. Andauernde Besetzung des Landes soll überdies die militärische Kontrolle der Region und die Absicherung dieser Strategie garantieren. Damit aber war partieller Widerstand vor allem Deutschlands und Frankreichs programmiert. Das Vorgehen der USA widersprach ihrer Rolle als Großmächte und ihren Absichten, die EU als Weltmacht ins Spiel zu bringen.

Da, wie Washington zu verstehen gab, anhaltender Widerstand der EU zum Verweis vom Spielfeld führen würde, waren bald versöhnliche Töne aus Berlin und dann auch aus Paris zu vernehmen. Offenbar hatte man den von der Frankfurter *Allgemeinen Sonntagszeitung* gegebenen Wink richtig verstanden:

„Wer ein Stück von der Beute haben will, muß sich an der Jagd beteiligen.“ Schröder beteuerte bei seiner Begegnung mit Bush im September 2003, sie hätten die Differenzen, die bestanden, hinter sich gelassen. Später fügte er hinzu, man solle *nun nach vorne blicken. Wir müssen zusammenarbeiten, um den Frieden zu gewinnen.* Doch wer so die Okkupation des Zweistromlandes zur *friedensbringenden Mission* umdeutet, der schaltet auf grünes Licht für den nächsten Krieg. Überdies legitimiert die Zustimmung Deutschlands und Frankreichs zur amerikanisch-britischen Resolution 1483 die US-Intervention nachträglich. Die USA werden als *Autorität* im Irak akzeptiert.

Logischerweise deutet sich nun auch die Teilnahme Deutschlands und Frankreichs bzw. der EU an einer NATO-Mission im Irak an. Der außenpolitische Experte der SPD Erler hält es nämlich für *kaum möglich*, daß Deutschland eine derartige Mission ablehnt.

In dem vom Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik der EU Solana vorgelegten Dokument über die EU-Militärstrategie wird u.a. gesagt: „Gemeinsam können die Europäische Union und die USA eine eindrucksvolle Kraft sein, die sich für das Gute in der Welt einsetzt.“

EU-Osterweiterung und USA

Dieses Einknicken der EU vor der Führungsrolle der USA sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß beide Machtzentren spezifische Interessen im neoliberalen Globalisierungsprozeß verfolgen. Zwangsläufig kollidieren die Bestrebungen der EU, als eigenständiges ökonomisches, weltpolitisches und militärisches Machtzentrum möglichst einheitlich zu wirken, mit den Interessen der USA und ihrer Transnationalen Konzerne und Finanzoligarchie.

Tendenziell verschärfen sich die Widersprüche zwischen den USA und der EU in dem Maße, „in dem die EU an ökonomischer und an politischer Kraft gewinnt und zu immer schärferer Konkurrenz für die USA wird“, stellte die Berliner Zeitung fest. Die willkürliche, selbtherrliche und arrogante Handlungsweise der Bush-Administration, um die militärische Kontrolle über profitable Produktionsbedingungen, Märkte, Rohstoffe und Ressourcen zu errichten und geostrategische Ziele zu verwirklichen, prägt die Rivalität zwischen den beiden Machtzentren aus. Zumal die großen europäischen Kapitalverbände nicht gewillt sind, die wirtschaftliche Neuaufteilung und die *Neuordnung der Welt* den US-amerikanischen Konkurrenten allein zu überlassen.

Im Kräfteverhältnis zwischen beiden Rivalitätszentren sammelt die EU auf ökonomischem Gebiet Punkte. Die EU ist in punkto Weltbruttosozialprodukt an den USA vorbeigezogen. Sie hat die Nase bei den Weltexporten eindeutig vorn. Die Leistungsbilanzen Deutschlands und Frankreichs sind

unvergleichlich besser als die der USA. Die EU hat sich zur wirtschaftlichen Weltmacht gemausert. Sie verfügt über eine Bevölkerung von 378 Millionen, ab 1. Mai über 450 Millionen, gegenüber 280 Millionen der USA. Die EU gewinnt mit der Osterweiterung neue Märkte und Absatzgebiete sowie ein beträchtliches Arbeitskräftereservoir. Das Bruttoinlandsprodukt erhöht sich um 1,5 Prozent. Zweifellos trägt die EU-Osterweiterung dazu bei, die neuen strategischen Positionen des europäischen Machtzentrums auszubauen. Für deutsche Konzerne und Banken erweist sich dieser Prozeß als Möglichkeit, *alten Lebensraum auf friedliche Weise* zu erschließen. Der EU-Integrationsprozeß, einst von den USA mit Wohlwollen betrachtet, weil er die Partnerschaft gegen die Sowjetunion stärkte, wird nun in Washington mit Mißtrauen und mit Querschlägen begleitet.

Der Euro machte seit seiner Einführung strategische Gegensätze zwischen den beiden Machtzentren deutlich, zumal damit auch Überlegungen zur Schaffung einer zweiten Weltreservewährung konform gehen. Hinsichtlich der EU-Osterweiterung setzt der Euro - neben dem Dollar - alles daran, die Währungssysteme der Beitrittsländer unter seine Kontrolle zu bringen. Er liefert sich - bei mancher Arbeitsteilung - einen erbitterten Konkurrenzkampf mit dem Dollar.

EU auch militärisch *Global Player*?

Der sich vollziehende Aufbau des EU-Militärpakt stellt für die USA eine ernste Herausforderung dar. Obwohl die USA auf militärischem Gebiet einen unaufholbaren Vorsprung erreicht haben, unterschätzen sie keineswegs den globalen imperialen Machtanspruch, der mit diesem Militärpakt demonstriert wird. Der außen- und sicherheitspolitische Experte der EU Solana artikuliert die Vision militärischer Operationen und Präventivkriegsführung der EU. Von *robusten Interventionen* ist in dem von ihm vorgelegten Strategiepapier die Rede und von der Fähigkeit, *mehrere Operationen gleichzeitig durchzuführen* - falls notwendig. EU-Politiker wollen *auf gleicher Augenhöhe* mit den USA sprechen. Sie wollen Gleichstellung in der Weltwährungs- und Welthandelspolitik. Deutschland und Frankreich als Wortführer eines *Kerneuropa* lassen unzweideutig erkennen, daß sie die EU künftig - neben den USA - auch militärisch als *Global Player* sehen wollen.

Schröder bezeichnete als Zweck der mit der *Agenda 2010* verbundenen *Reformen*, daß sie Raum schafften für weitere Schritte, durch die Deutschland *wieder an die Spitze Europas und der Welt* kommen könne. Struck schob im Sinne von Schröders Leitmotiv einer *Enttabuisierung des Militärischen* gleich noch für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr nach: *Mögliches Einsatzgebiet ist die ganze*

Welt. Und Chirac bekannte, die EU müsse zum wichtigen Pol eines internationalen Gleichgewichts werden.

Angesichts solcher Entäußerungen bemerkte Bush vor einiger Zeit: *Auf einige Amerikaner wirkt die Macht Europas bedrohend.* Die geostrategische Zielsetzung der USA gegenüber Europa hat Ende der 90er Jahre Z. Brzezinski in das Gebot gefaßt, *keinen eurasischen Herausforderer aufkommen zu lassen, der den eurasischen Kontinent unter seine Herrschaft bringen und damit auch für Amerika eine Bedrohung darstellen könnte.* An dieser Grundposition hat sich unter der gegenwärtigen Bush-Administration nicht das Geringste geändert. Im Gegenteil, die Bush-Administration erwartet nicht nur Wohlverhalten, sondern auch Unterstützung für den Anspruch auf wirtschaftliche, politische und militärische Hegemonie.

In den *Richtlinien zu Verteidigungsplanung* (Defense Planing Guidance) der USA ist als *erstes Ziel die Verhinderung des Entstehens von Rivalen und die Entschlossenheit* genannt, *jedliche Macht daran zu hindern, eine Region zu beherrschen, deren Ressourcen unter ihrer Kontrolle ausreichen würden, eine neue Großmacht zu werden.* Die *US-National Security Strategy* erklärt unumwunden, es gehe darum, ein *Heranwachsen von Wettbewerbern rigoros* zu verhindern. Mit dem Präventivkrieg gegen den Irak hat Washington demonstriert, wie es sich sein Verhältnis gegenüber der Staatenwelt, auch gegenüber potentiellen Konkurrenten, vorstellt.

Teile und herrsche

Zunehmend versuchen die USA nach der Devise *teile und herrsche* und mit Mitteln der Erpressung Entwicklungen in Europa zu beeinflussen. Als Berlin und Paris ihre Vorbehalte gegen die Intervention im Irak vortrugen, übte Washington massiven Druck auf einzelne EU-Mitglieder und -Beitrittskandidaten aus und setzte alles daran, sie auseinander zu dividieren. Sie erreichte die Zustimmung zur US-Aggression in der Ergebnisserklärung der Regierungschefs von Großbritannien, Italien, Spanien, Portugal und Dänemark sowie der EU-Beitrittskandidaten Polen, Tschechische Republik und Ungarn. Mit einigen europäischen Staaten wurden bilaterale Vereinbarungen abgeschlossen, US-Staatsbürgern *Immunität* zu verleihen, um sie bei begangenen politischen Kriegsverbrechen vor einer Überstellung an den Internationalen Strafgerichtshof zu bewahren.

Um Konsens in der EU in für die USA wichtigen politischen Fragen zu verhindern, legt es Washington darauf an, möglichst bilaterale Vereinbarungen mit einzelnen europäischen Nationalstaaten abzuschließen. Dem kommt übrigens die Auffassung von Repräsentanten Polens und der Tschechischen Republik entgegen, die, obwohl selbst inzwischen NATO-Mitglieder, ihre

Sicherheit und Souveränität (gegenüber Rußland) vor allem durch die USA garantiert sehen wollen.

Intensiv betreiben die USA die Torpedierung der EU-Planungen, die EU-Rüstungsindustrie zu koordinieren und zu effektivieren, beispielsweise durch Kauf von Rüstungsbetrieben wie der Howaldtwerke - Deutsche Werft oder durch Druck besonders auf osteuropäische Staaten, ihre Rüstungsgüter nicht über die EU-Rüstungsagentur, sondern in den USA zu beschaffen. Washington ist bemüht, EU-Beitrittskandidaten zu gewinnen, die bereit sind, die US-amerikanische Karte zu spielen. Die Vizepräsidentin des Europaparlaments Lalumiere fragt sich angesichts dieser Washingtoner Aktivitäten: „Sind diese neuen Mitglieder nicht vielleicht an dem Punkt, wo sie den USA-Priorität einräumen; werden sie nicht möglicherweise ein trojanisches Pferd der USA in der EU sein?“

Eurocorps - Bedrohung für die NATO?

Im Aufbau einer EU-Armee und in der Formulierung einer EU-Militärstrategie sieht Washington einen Affront gegen seine Hegemonialstrategie. Unter der Clinton-Administration war angesichts solcher EU-Bestrebungen von einem *transatlantischen Spaltpilz* die Rede. Rumsfeld spricht davon, daß die EU-Eingreiftruppe die NATO schwäche. Burns, US-Botschafter bei der NATO, legt noch nach, indem er die *bedeutendste Bedrohung für die Zukunft der NATO* ausmacht.

Die von Deutschland und Frankreich bzw. von *Kerneuropa* betriebenen Aktivitäten zum Erreichen kriegstechnischer Fähigkeiten für eigenständige globale militärische Operationen, wozu autonome militärische Strukturen und die Herausbildung einer eigenen EU-Militärstrategie gehören, treffen auf vehementen Widerstand der USA. So forderte Washington wiederholt, die EU solle auf eine eigene Satellitenaufklärung und auf moderne Führungsfähigkeiten für ihre Streitkräfte verzichten. Die Nutzung von entsprechenden NATO-Einrichtungen sei zu erwägen. Allerdings erfordere das die Zustimmung der USA.

Ein weiterer Versuch Washingtons besteht darin, den Aufbau einer EU-Armee durch Aufstellung einer NATO-Interventionstruppe (NATO Response Force) möglichst zu unterlaufen. Auf dem Prager NATO-Gipfel wurden die europäischen NATO-Mitglieder von Rumsfeld veranlaßt, diesem US-Projekt, das 21.000 Soldaten umfassen soll, zuzustimmen. Auf dem NATO-Gipfel in Istanbul Ende Juni 2004 will Rumsfeld das Projekt *Greater Middle East* (Größerer Mittlerer Osten) von den Pakt-Mitgliedern absegnen lassen. Das Eurocorps soll als Subunternehmen der NATO fungieren.

Der Ende April von Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg durchgeführte *Pralinengipfel* verdeutlichte, daß *Kerneuropa* nicht ausschließt, als Partner der USA zu operieren, aber auch eigenständige militärische Operationen durchzuführen. Der Gipfel beschloß deshalb die *Schaffung des Nukleus einer kollektiven Fähigkeit zur Planung und Führung von Einsätzen der EU*. Der auf EU-Seite angesammelte Frust über die NATO-Führungsmacht brach kürzlich aus Struck heraus, als er - die Nordatlantische Allianz verbal als Schutzschild benutzend - erklärte, die NATO sei nicht *Erfüllungsgehilfe für die Umsetzung von in Washington getroffenen Entscheidungen*.

Unverkennbar ist, daß die USA entschlossen sind, mit Hilfe der NATO ihre Präsenz in Europa abzusichern und den Pakt als Kontrollinstrument zu erhalten. Der Militarisierungskurs und die weltpolitischen Ambitionen der EU-Führungskräfte tragen nicht gerade dazu bei, die bestehenden vielfältigen Widersprüche mit den USA zu entschärfen. Neue Konflikte sind programmiert. Denn die Konzerne und Großbanken der EU wollen die neoliberale Globalisierung in ihrem Interesse nutzen; sie wollen bei der *Neuordnung der Welt* ein Wort mitreden.

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang, daß vor einem Jahr die SPD-Grundwertekommission in einer Denkschrift unterstrich, daß die Bundesrepublik an einem wirtschaftlich und politisch leistungsfähigen Großraum mit einem Hinterhof interessiert sei, der sich bis nach Zentralasien und in den Nahen Osten erstreckt. Jetzt gehe es um die grundsätzliche Entscheidung, *ob die großen westlichen Nationen sich weiter der USA-Führung unterordnen, eine instabile und unakzeptable Ordnung hinzunehmen, oder durch Ausbau der eigenen Machtmittel eine den eigenen Interessen entsprechende globale politische Ordnung zu etablieren*. Die Frankfurter Rundschau kommentierte: Deutschland habe ein „legitimes eigenes Interesse an seiner dauerhaften und festen Einbindung in einen wirtschaftlichen und politischen leistungsfähigen Großraum, der anderen Weltregionen vergleichbar ist.“ Es müsse „als größter und wirtschaftlich stärkster Staat in Europa“ für einen europäischen Verbund wirken, der fähig sei, sich „gegen äußere wirtschaftliche, politische und gegebenenfalls auch militärische Pressionen zu wehren.“

Autor: Prof. Dr. Georg Grasnick,

Mitglied der Deutschen Sektion des Europäischen Friedensforums epf (GBM).

Mechthild Tschierschky

Kriege sind Menschenwerk - Frieden desgleichen. So lasset uns tun

Liebe Friedensfreunde, unter dem obigen Motto möchte ich Sie grüßen im Auftrag unserer Friedensinitiative aus Eisenhüttenstadt, der Stadt mit der Friedenstaube im Wappen. *Die Eisenhüttenstädter Friedensinitiative (EFI)* wünscht dem 12. Dresdener Friedenssymposium, daß es Wege aufzeigt und Taten initiiert gegen Sozialabbau und Unterdrückung der Völker, für eine gerechtere Ordnung in unserem Land, in unserem vereinten Europa und in der Welt, die uns nahe ist, weil wir ein Teil davon sind.

Ich denke, Sie sollten wissen von uns aus dem Lande Brandenburg, so wie wir von Ihnen wissen aus dem Sachsenland, damit wir unsere Kräfte bündeln und miteinander und voneinander lernen können.

Wer ist die *EFI*, die *Eisenhüttenstädter Friedensinitiative*?

Wir schreiben Briefe, wir demonstrieren, wir kämpfen um unser Krankenhaus, daß es für jeden, ob arm oder reich, Hilfe bereithalten kann. Wir bekunden unseren Abscheu gegen den Krieg, wir schreiben Plakate und mühen uns um soziale Gerechtigkeit in unserem Lande.

In unserer Stadt fangen wir an. Wir wissen: Jeder Schritt für das Leben, jede Mark für Soziales, jedes versöhnende Wort, jedes Friedenslied, jede Tat für Gerechtigkeit und jedes Liebesgedicht, jede Blume am Grabe eines Menschen, der durch Krieg um sein Leben kam, sind ein Beitrag gegen den Krieg.

Jeder Euro, der Rüstung abgetrotzt, befördert die Abrüstung. Die Verkürzung von Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich schafft mehr Arbeit für alle und damit ein Stück Gerechtigkeit gegen die, welche die Arbeit leisten. Gerechtigkeit aber bringt Frieden, auch über Ländergrenzen hinweg.

Kriege sind Menschenwerk. Frieden desgleichen. So laßt uns Frieden erzwingen. Jeder ist bei uns willkommen, ob Mann oder Frau, ob jung oder nicht, unabhängig von Weltanschauung und Parteizugehörigkeit:

Aus Anlaß des Jugoslawienkrieges ist die Eisenhüttenstädter Friedensinitiative am 12.04.1999 ins Leben gerufen worden. Es begann mit dem Aufruf zur Montagsdemo am 12.04.1999 mit *Treffpunkt Soldatenfriedhof - bis der Krieg beendet ist* auf dem Friedhof in Ziltendorf, nahe Eisenhüttenstadt. Eine Handvoll zorniger Leute forderte Frieden für Jugoslawien, das von der übermächtigen NATO überfallen worden war. Die nächste Montagsdemo traf sich in

Fürstenberg, einem Ortsteil des benachbarten Eisenhüttenstadt. Aber die Fülle der Menschen verlangte einen größeren *Treffpunkt Soldatenfriedhof*, den Platz des Gedenkens im Innern der Stadt, auf dem 4.000 sowjetische Kriegsgefangene bestattet sind. Dort wollten sie sich treffen, *bis der Krieg beendet ist*.

Zehn Kundgebungen hat die *Eisenhüttenstädter Friedensinitiative* gegen den Jugoslawienkrieg initiiert. Die Schar der Friedenskämpfer wurde größer, doch nie groß genug.

Neue Anlässe fordern neue Initiativen:

- Einladung an den Kanzler zur Teilnahme an der Demo gegen den Krieg (18.08.1999),
- Mahnwachen gegen Krieg und Gewalt,
- Briefe an Frau Merkel und Joschka Fischer gegen den Irakkrieg,
- Teilnahme an der Friedensstafette der Mütter gegen den Krieg,
- Postkarten an den Kanzler und an den amerikanischen Präsidenten gegen den Feldzug im Irak,
- Teilnahme an der Demo am 01.11.1993 in Berlin.

Augenblicklich geht es gegen die Kahlschlagagenda und um den Kampf gegen die Privatisierung des Krankenhauses unserer Stadt. Es werden Veranstaltungen folgen zum Thema: *Sozial über Ländergrenzen, Billiglöhne helfen rüsten, Lieder des Friedens* (als künftige Vorhaben) und *Sprengstoff Muttertag* zum diesjährigen zweiten Sonntag im Mai.

Und natürlich sind wir am 03.04. mit dabei - gegen die Kahlschlag-Agenda. Aber das alles wird nicht genügen. Wir müssen uns verbünden, länderüberschreitend und staatenverbindend. Deshalb bin ich hier und grüße Sie von der *EFI*.

Ich selber schreibe Friedensbücher. Ich war schon zweimal zu Gast hier in Dresden und freue mich, daß es dieses Symposium gibt und wünsche, daß wir den Kampf gewinnen für eine friedliche und gerechte Welt.

Am 06.02.2004 habe ich an die Märkische Oderzeitung Eisenhüttenstadt folgenden Brief geschrieben:

Zu: Sieben Fragen an Lars Busam, MOZ, Oder - Spree- Journal vom Dienstag, dem 03.02.2004, Nachtrag zu dem ansonsten erfreulichen Bericht aus dem Landkreis Oder-Spree: Die Frage Eins (Was wollten Sie dem Kanzler schon immer mal sagen) ist offengeblieben, so will ich aushelfen.

Leider hat man mich nicht gefragt. Ich hätte vielleicht auch nicht gewußt, wo ich hätte anfangen sollen bei der Fülle an *Stoff*.

Sollte ich bei dem Wahlversprechen *Chefsache Ost* und mit der Massenarbeitslosigkeit im LOS wie im gesamten Osten anfangen?

Oder sollte ich mit den blutenden Städten beginnen, denen die Bewohner weglaufen? Die nun ihr Tafelsilber verscherbeln, um handlungsfähig zu sein?

Sollte ich den Kanzler an seine Kindheit erinnern, in der auch Schmalhans mal Küchenmeister war, wie man sagt, und ihn fragen, ob er es vergessen hätte?

Oder sollte ich ihm als Deutschlehrer kommen und mir die Verhunzung der deutschen Sprache verbitten, in der *sozial gesellschaftlich* heißt und Gerechtigkeit gegen jeden einschließt? Und daß *Reform* eigentlich *Verbesserung* bedeutet, weil der Reformier laut Duden ein Verbesserer ist.

Ich würde dem Kanzler die Rechnung aufmachen, was die Bürger zu zahlen hätten aufgrund seiner sogenannten Agenda: Die Eintrittsgebühr beim Arzt, beim Zahnarzt gesondert, die Verordnungen, jeweils extra zu löhnen, die Fahrten zur Notaufnahme ins Krankenhaus, der Aufenthalt dort, die Kuren, die Kürzungen der Löhne und Renten und sonstigen Bezüge.

Daß ein paar Tage Regiererei die Errungenschaften eines ganzen Jahrhunderts zunichte machen, was keiner der Wähler für möglich gehalten hat.

Die Beleidigung gegen die Untertanen, die angeblich das Tempo der Deformation nicht begreifen können und die *man mitnehmen muß*. Als wären wir alle Deppen, die man an der Hand halten muß.

Von den Rüstungsexporten ganz zu schweigen.

Vor allem aber die verlorenen Träume. Wo sind die Ideale geblieben, Gerechtigkeit und Frieden für alle Völker, Zukunft für die Kinder, satt zu essen für alle Erdenbürger. Miteinander statt gegeneinander. Wo ist die Zukunft, an die Jugend glauben kann, für die es zu leben lohnt?

Geld zu haben und durchzukommen und Reichtum zu häufen - soll das der Sinn unseres Lebens sein?

So würde ich unseren Kanzler fragen, den Ex-Chef der Sozialdemokraten.

Autor: Mechthild Tschierschky,

Eisenhüttenstädter Friedens Initiative (EFI).

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK (DSS) e.V.

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

- Heft 61: Gegen Terror(ismus) und Krieg. Für gemeinsame Sicherheit und eine gerechte Welt.
Beiträge zum 10. Dresdner Friedenssymposium am 16. Februar 2002 von Ernst Voit (Dresden), Horst Schneider (Dresden), Lorenz Knorr (Frankfurt /M.), Jan Sumavski (Prag), Rolf Lehmann (Dresden), Hermann Gerathewohl (Leipzig)
Dresden 2002, 60 Seiten; 2,00 Euro
- Heft 62: Analysieren und Denken für Frieden und Menschenrechte.
Ernst Voit zum 70. Geburtstag. Beiträge u.a.: Volker Bialas (München), Rudolf Boehm (Gent), Herbert Hörz und Hermann Klenner (Berlin), Andrzej Kiepas (Kato-wice), Rolf Lehmann, Horst Großmann, Wolfgang Scheler, Dieter W. Scheuch, Lo-thar Striebing, Hans-Ulrich Wöhler (alle Dresden), Karin Zänker (Ottendorf-Okrilla)
Dresden 2002, 103 Seiten; 4,50 Euro
- Heft 63: Heinz Loquai
Krieg als Mittel der Politik? Vom Balkan nach Afghanistan und jetzt zum Irak?
Dresden 2002, 22 Seiten
- Heft 64: "Pax Americana" oder gerechter Frieden.
7. Dresdner Symposium "Für eine globale Friedensordnung" am 23. Nov. 2002.
Beiträge von Volker Bialas (München), Bernd Michl (München), Harry Pursche (Leip-zig), Lothar Schröter (Potsdam), Ernst Voit (Dresden)
Dresden 2003, 56 Seiten
- Heft 65: Gewaltfrieden nach dem Willen der einzigen Weltmacht? Wege aus der Gefahr
11. Dresdner Friedenssymposium am 22. Februar 2003. Beiträge von Peter Stru-tynski (Kassel), Kadhim Habib (Berlin), Max Schmidt (Peuschen), Lorenz Knorr (Frankfurt/M.), Elke Renner (Wien), Ernst Voit, Horst Großmann, Horst Schneider, Dieter W. Scheuch (alle Dresden)
Dresden 2003, 86 Seiten
- Heft 66: Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Russischen Föderation
Aktuelle Aufgaben zur Entwicklung der Streitkräfte der RF. Denkschrift, vorgestellt auf der Tagung leitender Politiker und Militärs am 2. Okt. 2003.
Übersetzung aus dem Russischen: Joachim Klopfer und Rolf Lehmann
Dresden 2003, 56 Seiten; 3,00 Euro
- Heft 67: Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Russischen Föderation
Egbert Lemcke: Russlands Seekriegsflotte – Entwicklungstendenzen seit 1991
Dresden 2003, 48 Seiten; 2.00 Euro